

FLZ Nr. 3-2025
Jahrgang 46
September 2025

FLZ



ZEITUNG FÜR KOLLEGINNEN UND KOLLEGEN IM SOZIAL-, ERZIEHUNGS- UND BILDUNGSBEREICH



Auch in der Tarifrunde 2026 gilt: Nur gemeinsam sind wir stark. Macht mit!

Der GEW-Stadtverband Frankfurt lädt ein zur Stadtdelegiertenversammlung (SDV)

Auf der diesjährigen SDV stehen neben dem Blick auf das letzte Gewerkschaftsjahr auch die Kommunalwahlen am 15. März 2026 im Fokus. Das Dauerthema „Einstürzende Schulbauten“ bleibt aktuell. Die IGS Süd ist nur die Spitze des Eisbergs. Luise Brunner, unsere Referentin für den Sozial- und Erziehungsdienst, wird schwerpunktmäßig zu den Auseinandersetzungen um den TVöD und den Ganztagsberichten. Die neu konstituierte JungeGEW wird sich vorstellen. Mit der Kampagne „Zuviel ist zu viel – Mehrarbeit gemeinsam sichtbar machen!“ beabsichtigt die GEW Hessen in ihren Gliederungen zunächst unbezahlte und nicht ausgeglichene

chen!“ beabsichtigt die GEW Hessen in ihren Gliederungen zunächst unbezahlte und nicht ausgeglichene

28. Oktober 2025 | 9 – 13 Uhr
Saalbau Gutleut Rottweiler Str. 32
60327 Frankfurt a.M.

ne Mehrarbeit zu adressieren. Andere Gründe für Zuvielarbeit sollen folgen. Auf der SDV wollen wir gemeinsam mit euch dieses Ziel diskutieren.

Das Mandat der Delegierten, die letztes Jahr in euren Bildungseinrichtungen gewählt worden sind,

besteht bis zur nächsten Wahl in 2026 fort.

§ 7 (2) unserer Satzung legt fest: „Jede Schul-, Hochschul-, Dienststellen- und Betriebsgruppe entsendet pro angefangene 10 Mitglieder eine(n) Delegierte(n). Bei Fragen meldet euch über info@gew-frankfurt.de. Falls ihr zu einem Thema, das euch am Herzen liegt, einen Antrag einbringen wollt, könnt ihr diesen ab sofort bei uns einreichen. Satzungsändernde Anträge müssen acht Wochen, andere Anträge sechs Wochen vor der Versammlung bei uns eingegangen sein.

Bildung braucht bessere Bedingungen – das können wir gemeinsam erreichen!

Wir freuen uns über die tarifliche Erhöhung der Angestellte Gehälter um 5,5 Prozent im August, die auf den von Gewerkschaften erfolgreich verhandelten Tarifvertrag zurückgehen! Gleichzeitig wurde aber ein anderer Teil der Absprache nicht eingehalten – die zeitgleiche Erhöhung der Beamt:innenbesoldung wurde nicht umgesetzt, sondern per Gesetzesänderung auf Dezember verschoben, was eine Kürzung der Besoldung für das Jahr 2025 gleichkommt.

Dies zeigt vor allem eins: Ohne politischen Druck kommen von der Landesregierung nur Zuminungen und Kürzungen.

Angesichts der angekündigten Fehlschüsse im Jahr 2026 sollen mit Sicherheit auch wieder Einsparungen (= Kürzungen) im Bildungsbereich vorgenommen werden. Hiergegen wenden wir uns und werden zu verschiedenen Aktionen aufrufen. Es kann nicht sein, dass in einem seit Jahrzehnten chronisch unterfinanzierten Bereich weiter auf Kosten der Bildung und unserer Arbeitsbedingungen gekürzt wird.

Das ist auch im Hinblick darauf wichtig, dass Anfang des kommenden Jahres die nächste Tarifaufeinandersetzung um den Tarifvertrag Hessen stattfindet. Eine große Beteiligung bei Streiks und Solidaritätsaktionen

der Beamt:innen wird notwendig sein, um einen akzeptablen Tarifabschluss zu erreichen.

Aber auch darüber hinaus brauchen wir Einsatz: Auch Gebäude und Arbeitsbedingungen im Bildungsbereich be- bzw. verhindern Lernprozesse und Schaden der Gesundheit von Lehrenden und Lernenden. Das Beispiel der IGS Süd, deren altes Gebäude seit den Sommerferien nicht mehr betreten werden darf, steht symbolisch für den Sanierungsstau, der an vielen Frankfurter Schulen Lern- und Arbeitsbedingungen beeinträchtigt. Um noch einmal verstärkt darauf hinzuweisen, haben Vertrauensleute Frankfurter Schulen bei einem Treffen zu Schuljahresbeginn eine Resolution entworfen und verabschiedet. Wir werden diese verbreiten und bitten alle Kolleg:innen, diese zu diskutieren und sich ihr anzuschließen, wenn sie die Einschätzungen und Forderungen teilen.

Lasst uns gemeinsam gegen Kürzungen, für eine bessere Ausstattung des Bildungsbereichs und bessere Arbeitsbedingungen und – nicht zuletzt – auch für einen guten Tarifabschluss und dessen Übertragung auf die Beamt:innen eintreten!

Laura Preusker &
Sebastian Guttman
(Vorsitzendenteam
der GEW Frankfurt)

Nie wieder kriegstüchtig! Stehen wir auf für Frieden!

Wir sagen Nein zu allen Kriegen und lehnen die gefährliche Hochrüstung ab. Die Umsetzung des Fünf-Prozent-Ziels würde bedeuten, dass fast jeder zweite Euro aus dem Bundeshaushalt in Militär und kriegsrelevante Infrastruktur fließt. Die Hochrüstung führt zu massiver Verschuldung, drastischem Sozialabbau und der Militarisierung der Gesellschaft. Dies geht insbesondere auf Kosten der Kinder und Jugendlichen, der Alten und Kranken sowie der arbeitenden Menschen. Die Hochrüstung blockiert zudem den Kampf gegen die Klimakatastrophe, Umweltkrisen und weltweite Armut. Die Politik der Konfrontation setzt unsere Sicherheit aufs Spiel, statt sie zu gewährleisten.

leisten. Waffenexporte und Eskalationspolitik verschärfen Kriege und Krisen und verlängern sie. Nicht die Kriegstüchtigkeit Deutschlands ist unser Ziel, sondern seine Dialogfähigkeit und seine Bereitschaft zur Abrüstung.

Wir fordern von der Bundesregierung

- Stopp des Hochrüstungskurses. Stattdessen Abrüstung für Soziales, Klima und Entwicklung.
- Keine Stationierung von US-Mittelstreckenwaffen in Deutschland. Entschlossenen Einsatz für ein Europa ohne Mittelstreckenwaffen.
- Nein zur Wehrpflicht.

- Stopp der Militarisierung der Gesellschaft. Keine Unterordnung von Gesundheitswesen, Bildung und Wissenschaft unter Kriegstüchtigkeit.
- Asyl für Menschen, die sich dem Krieg verweigern und von Krieg bedroht sind.
- Diplomatisches Engagement für ein schnelles Ende der Kriege in Europa und im Nahen und Mittleren Osten. Die Bundesregierung darf sich nicht weiter mitschuldig machen an einer von immer mehr Staaten und Organisationen als Völkermord klassifizierten Kriegsführung im Gazastreifen. Sie muss alles tun, damit der Krieg, die Vertreibung der Palästinenserinnen und Palästinenser und der



Einsatz von Hunger als Waffe umgehend beendet werden.

● Beitritt zum Atomwaffenverbotsvertrag. Unsere Vision bleibt eine Welt ohne Atomwaffen und Krieg. Wir fordern gemäß der UN-Charta, auf die Anwendung und Androhung von Gewalt in den internationalen Beziehungen zu verzichten. Es braucht die Stärke des Rechts und nicht das Recht des Stärkeren.

Wir lehnen alle Kriege ab. Wir trauern um alle Opfer von Kriegen und Gewalt und verurteilen alle Kriegsverbrechen und Verbrechen gegen die Menschlichkeit.

Wir wollen

- Diplomatische Initiativen. Nur Verhandlungen und Abrüstung schaffen Sicherheit. Eine neue Entspannungspolitik für Europa, die die Friedens- und Sicherheitsinteressen aller Beteiligten berücksichtigt.

- Politische Konfliktlösungen, Friedenslogik und eine Kultur des Friedens.

Frieden braucht die Verteidigung der Demokratie und das Engagement jedes Einzelnen. Frieden braucht Bewegung. Frieden ist die Grundlage für ein gutes Leben künftiger Generationen.

Deswegen demonstrieren wir am 3. Oktober in Berlin und Stuttgart ab 13 Uhr

Fahrmöglichkeit am 3.10. von Frankfurt nach Stuttgart über die Friedens- und Zukunftswerkstatt. Bitte so schnell wie möglich anmelden: <https://frieden-und-zukunft.de/busfahrt-zur-demo-in-stuttgart-am-3-10-2025/>

Friedens- und Zukunftswerkstatt
c/o Gewerkschaftshaus
Wilhelm-Leuschner-Straße 69–77
60329 Frankfurt a.M. | Tel. 069-242 49950

Die Bewertung der aktuellen Situation an Schulen steht konträr zu den Ausführungen des zuständigen Ministers Armin Schwarz in seiner Pressekonferenz zum Start des Schuljahres. Die Probleme, die in Überlastungsanzeigen, Stellungnahmen und durch diverse Aktionen von Betroffenen aus Frankfurt und Hessen seit Jahren dargestellt werden, haben sich noch einmal verstärkt und zeigen, dass die Situation an den Schulen immer schwieriger wird.

Resolution des Vertrauensleute-treffens der Frankfurter Schulen im August 2025

Gleichzeitig bleibt festzuhalten: Die Reaktionen der politisch Verantwortlichen, sei es auf Landes- oder Schulträgerseite, bleiben rar. Und wenn, dann sind sie selten hilfreich. Dass beispielsweise vor den Sommerferien, als Reaktion auf die Überlastungsanzeigen der Wiesbadener Grundschulen, seriell Gespräche des dortigen Staatlichen Schulamt mit den Lehrkräften geführt wurden, stellt unseres Erachtens eine reine Alibiaktion dar, denn die Staatlichen Schulämter haben gar nicht die Möglichkeiten, entscheidende Dinge zu verändern. Es scheint nicht gewollt, die beschriebenen Probleme wirklich zu lösen. Im Gegenteil, es werden Kürzungen vorgenommen, wie beispielsweise das Einbehalten von Rücklagen, die in den Schulen für Schülerbetreuung und vieles mehr gebraucht würden. Die genannten Maßnahmen führen nicht nur zu einer weiteren Erhöhung der Belastung, sondern auch zu einem Bildungsqualitätsverlust und letzten Endes zu der Politikverdrossenheit, die dann wieder in Reden beklagt wird!

Wir stellen fest:

- Die Aufgaben und Anforderungen, die Schulen bewältigen sollen und müssen, sind in den letzten Jahren stetig angestiegen.
- Gleichzeitig reduzieren viele KollegInnen auf eigene Kosten ihre Stundenzahl, um die

gestiegenen Anforderungen bewältigen zu können.

- Die Schülerschaft hat einen steigenden Bedarf an Unterstützung und individueller Zuwendung.
- Die personellen Bedingungen werden stetig schlechter: Es fehlen ausgebildete Fachkräfte in fast allen schulischen Bereichen. Besondere Zuweisungen, wie beispielsweise der Sozialindex, können so oft gar nicht mehr sinnvoll genutzt werden.
 - Neu eingeführte Maßnahmen, die unterstützen sollen, sind oft mit hohen bürokratischen Hürden versehen, sodass hierdurch oft weitere Belastung hinzukommt.
 - Der Zustand der Schulgebäude ist häufig so, dass dadurch Unterricht und Bildungsprozesse zusätzlich erschwert oder sogar verhindert werden.
- Der Hitze- und Kälteschutz ist häufig so mangelhaft, dass die Temperaturen in den Gebäuden geltende Arbeitsschutzvorgaben sprengen.

Wir fordern:

- mehr Ausbildungskapazitäten für Lehrkräfte aller Schulformen
- Verkleinerung der Klassen, damit individuelle Förderung ermöglicht wird
- Verringerung außerunterrichtlicher Aufgaben und Verringerung der Arbeitszeit
- zusätzliche und unbürokratische Unterstützung von Schulen und SchülerInnen mit besonderen Herausforderungen
- eine schnelle Überwindung des Sanierungsstaus und eine angemessene Nachrüstung der Bestandsgebäude in Bezug auf Extremtemperaturen

Wir erwarten:

- die Anerkennung der benannten Probleme von allen verantwortlichen Akteuren (Bund, Land, Schulträger) ohne diese zu relativieren
- die gemeinsame Anstrengung, die benannten Probleme zu lösen – keine Alibiaktionen, sondern lösungsorientierte Überlegungen, aus denen konkrete Maßnahmen entstehen, die finanziell und personell unverzüglich umgesetzt werden

GEW-Hessen: Kita-Paket 2025 vorgestellt

Mehr Personal wird – ohne angemessene Qualifikation – die Qualität frühkindlicher Bildung senken

Frankfurt: Die hessische Sozialministerin Heike Hofmann hat heute einen Maßnahmenkatalog zur Zukunft der Kitas vorgestellt. Die GEW Hessen kritisiert den abgeschwächten Fachkräfteschlüssel.

Thilo Hartmann, Vorsitzender der GEW Hessen, sagte zu den vorgestellten Maßnahmen:

„Dieses Kita-Paket ist allenfalls ein Päckchen. Es gibt keine Antwort auf zentrale Probleme im System der frühkindlichen Bildung. Die Qualität pädagogischer Arbeit leidet. Auch die geplanten Finanzspritzen verpuffen, wenn die Kommunen nicht dauerhaft auskömmlich finanziell unterstützt werden.“

Mit der geplanten Erhöhung des Anteils nicht-pädagogischer Fachkräfte von 25 Prozent auf nun 30 Prozent arbeite dann in Zukunft fast jede dritte Person in einer Kita ohne eine angemessene pädago-

gische Ausbildung. Die von der Sozialministerin angekündigte Finanzierung von „Kita-Assistenzen“, die nicht-pädagogische Aufgaben in der Kita wahrnehmen sollen, bewerte die GEW Hessen ebenfalls kritisch: „Abgesehen davon, dass sich pädagogische von nicht-pädagogischen Tätigkeiten mitunter nur sehr schwer abgrenzen lassen, besteht beim aktuellen Fachkräftemangel die große Gefahr, dass Assistenzkräfte dann in der Not doch im Gruppendienst eingesetzt werden.“

Ein guter Weg wird aus Sicht der Bildungsgewerkschaft bei der Anerkennung von ausgebildeten Sozialmanager:innen für den Leitungsdienst eingeschlagen. Doch müsse dringend darauf geachtet werden, dass diese zukünftig auch tatsächlich nur Leitungsaufgaben wahrnehmen und nicht in der unmittelbaren pädagogischen Arbeit tätig werden.

A13 für Grundschullehrkräfte

Zum 1. August durften sich die Grundschullehrkräfte über ein kleines Plus freuen – die Wut, dass es so klein ist, bleibt

Noch immer verdienen Grundschullehrkräfte in Hessen weniger als ihre Kolleg:innen an weiterführenden Schulen – obwohl sie den wohl härtesten Job erledigen: Lesen, Schreiben, Rechnen plus ein Höchstmaß an erzieherischer Arbeit und Vieles mehr, schlicht das Fundament für alles Weitere. Dass es nun gelungen ist, mit viel Druck und langen Kämpfen die Bezahlung auf A 13/EG 13 anzuheben, ist ein klarer gewerkschaftlicher Erfolg. Ohne hunderte Aktionen, Proteste und die Hartnäckigkeit der Kolleg:innen und ihrer Gewerkschaft gäbe es diese Entscheidung nie.

Aber: Der Jubel bleibt im Hals stecken. Denn die Landesregierung gönnt uns den Erfolg nur in homöopathischen Dosen. Ganze fünf Jahre lang wird die Angleichung häppchenweise ausgezahlt, als ob man den Lehrkräften damit eine Art Diätplan verschreiben müsste: Jedes Jahr ein bisschen mehr – bis 2028 dann endlich der volle Differenzbetrag auf dem Konto landet. Das ist nicht nur kleinlich, sondern schlicht bitter.

Für die Kolleg:innen bedeutet es: weiter warten, weiter vertrösten lassen, während gleichzeitig der Lehrkräftemangel immer dramatischer wird. Wer soll denn bitteschön Lust haben, in die Grundschule zu gehen, wenn er oder sie jahrelang mit halber Bezahlung abgespeist wird? Leidtragende sind am Ende nicht die Minister:innen, sondern die Grundschulkinder: weniger Personal, überlastete Lehrkräfte, schlechtere Startbedingungen. – Kurz gesagt: Der Druck der Gewerkschaften hat den Erfolg möglich gemacht – die Verzögerungspolitik der Landesregierung macht ihn schal. Anders formuliert: Erst wenn 2028 die letzte Stufe gezahlt wird, sind Hessens Grundschullehrkräfte endlich im 21. Jahrhundert angekommen. Die Landesregierung wäre gerne im letzten Jahrhundert geblieben.

Schritte der Besoldungsanhebung (beamtete Lehrkräfte)
Gemäß §... des Gesetzes (verabschiedet am 27. Juni 2023) erfolgt die Anhebung in sechs Stufen – über eine rückwirkende Zu-

lage, die jährlich erhöht wird. Die Zulage bezieht sich auf den Unterschiedsbetrag zwischen den Grundgehältern der Besoldungsgruppen A 12 und A 13.

1. August 2023 bis 31. Juli 2024:	10 %
1. August 2024 bis 31. Juli 2025:	25 %
1. August 2025 bis 31. Juli 2026:	40 %
1. August 2026 bis 31. Juli 2027:	60 %
1. August 2027 bis 31. Juli 2028:	80 %
1. August 2028:	vollständige Eingruppierung in A 13 – also 100 % des Differenzbetrags

Tarifierung (angestellte Lehrkräfte – EG 13)
Parallel dazu wurde am 14. Juli 2023 eine tarifliche Einigung erzielt, die diese Regelung auch auf angestellte Lehrkräfte überträgt: Ab 1. August 2023: Annäherungszulage – 10 % des Differenzbetrags EG 13.

1. August 2024:	25 %
1. August 2025:	40 %
1. August 2026:	60 %
1. August 2027:	80 %
1. August 2028:	vollständige Überleitung zur Entgeltgruppe 13 – also 100 %

Die tarifrechtliche Übertragung berücksichtigt zudem stufenlaufzeitliche Anrechnungen – bereits zurückgelegte Stufenlaufzeiten werden übernommen, und die Überleitung erfolgt stufengleich.

GEW-Anhörung zum Ganztag im Juni 2025

Gemeinsam für den Ganztag, aber die Landesregierung handelt zögerlich

Bislang hat im Landtag noch keine Anhörung der Fachverbände und Expert:innen zur Umsetzung der Ganztagsbetreuung stattgefunden. Die GEW Hessen hat diese Veranstaltung daher einfach selbst durchgeführt, denn die Zeit drängt: Der Rechtsanspruch gilt ab 2026 und soll stufenweise von der ersten bis zur vierten Klasse ausgebaut werden.

18 Fachvertreter*innen und Expert*innen folgten der Einladung und brachten ihre Perspektiven ein, darunter unter anderem der elternbund hessen e.V., der Hauptpersonalrat Schule, der Ganztagsschulverband, die Landesschüler*innenvertretung, die Sportjugend, der Hessische Jugendring und nicht zuletzt die Hessische Sozialministerin Heike Hofmann sowie die Frankfurter Stadträtin Sylvia Weber.

Weber erklärte in ihrer Stellungnahme, Frankfurt sei für den Rechtsanspruch auf Ganztagsbetreuung gut aufgestellt: Mit Ganztagsschulen und Horten werde das Angebot flächendeckend ausgebaut. Zugleich forderte sie eine bundesweite Strategie zur Fachkräftegewinnung, eine schnellere Anerkennung ausländischer Ab-

schlüsse sowie eine gesicherte Kostenbeteiligung des Landes. Die derzeit in Aussicht gestellte Finanzierung reiche nicht aus, zudem fehlten in Hessen klare Standards und Rahmenbedingungen – etwa für die Einbindung von Vereinen oder anderen Akteuren im Umfeld des Ganztages. Frankfurt stehe also im Landesvergleich eher gut da, sei aber wie andere Städte auch auf verlässliche Zusagen des Landes angewiesen. Der Hessische Städtetag machte deutlich: Noch immer trage die kommunale Ebene rund 78 Prozent der Gesamtkosten, das Land hingegen nur etwa 9 Prozent. Diese Schieflage gefährde nicht nur die Qualität der Angebote, sondern auch die Gleichwertigkeit der Bildungschancen im Land. Neben der Stadträtin war Frankfurt darüber hinaus durch den freien Träger ASB Lehrerverbände vertreten: Ulrike Berger aus der Geschäftsführung sowie für den Betriebsrat die stellvertretende Vorsitzende Sylvia Bausum und Betriebsratsmitglied Steve Kothe. Neben Lob für den Standort Frankfurt betonte Berger insbesondere die Schwierigkeiten für die Mitarbeiter:innen in dem Bereich. Fehlende Standards

und Rahmenregelungen führen zu Unsicherheiten, man würde sich in die Tasche lügen, wenn man davon ausginge, in Frankfurt liefe alles flächendeckend gut. Kothe ergänzte aus Sicht des Betriebsrats, dass sich sichere Arbeitsverhältnisse und eine gute Bezahlung der Beschäftigten auch auf die Situation der Kinder im Ganztag auswirken. Dafür sei auch eine tarifrechtliche Klärung im Rahmen des TVöD der Ganztags-Beschäftigten notwendig.

Einig waren sich die Expert:innen in ihrer Begrüßung des Rechtsanspruchs auf Ganztagsbetreuung, viele von ihnen hoben deren Bedeutung im Kampf gegen soziale Ungleichheit hervor. Daher brauche es angemessene Räumlichkeiten, multiprofessionelle Teams und faire Arbeitsbedingungen für Fachkräfte.

Die gesamte Anhörung kann auf dem YouTube Kanal der GEW Hessen angeschaut werden.

Mit der Kampagne Baustelle Ganztag der GEW Hessen geht es in den nächsten Monaten weiter, zum Beispiel bei der Kundgebung am 1. Oktober um 16 Uhr vor dem Rathaus in Offenbach.

Luise Brunner

Foto: Gautam Arora / unsplash.com





Widerstand gegen den neuen Hochschulpakt

Kürzungen für die hessischen Hochschulen: Beschäftigte und Studierende protestieren gegen die Sparpolitik im Hochschulbereich

Am 17. Juli 2025 wurde der neue Hochschulpakt zwischen dem Land Hessen und den 14 staatlichen Hochschulen unterzeichnet. Für die kommenden sechs Jahre soll er die Planbarkeit ihrer Haushalte sichern – aber ist es das wert? Die Studierenden und Beschäftigten, die sich an den verschiedenen Aktionen beteiligten machen deutlich: Der Hochschulpakt bedeutet in dieser Form reale Kürzungen auf ihrem Rücken.

Und täglich grüßt das Murmeltier

Die GEW Hessen kritisiert die strukturelle Unterfinanzierung der hessischen Hochschulen schon seit Jahren. Für die Beschäftigten verschärft sich die Situation nun mit dem neuen Hochschulpakt weiter: befristete Verträge werden seltener verlängert, Neueinstellungen werden reduziert – auch auf Ausschreibungen von Professuren wird verzichtet, ganze Studiengänge könnten gestrichen werden. Auch Studierende sind betroffen, etwa durch überfüllte Seminare und schlechtere Betreuung. Simone Claar, stellvertretende Vorsitzende der GEW Hessen, warnte bereits vor der Unterzeichnung:

„Wenn die Landesregierung jetzt den Rotstift bei Bildung und Wissenschaft ansetzt, nimmt sie die Kosten für den Wissenschaftsstandort in Hessen billigend in Kauf.“

Aktionen vor Ort

In ganz Hessen regte sich Widerstand – auch in Frankfurt. Bereits am 11. Juni organisierten Beschäftigte und Studierende der Goethe-Universität und der Frankfurt University of Applied Sciences eine Kundgebung auf dem Campus

Nibelungenplatz. Am 18. Juni folgte eine größere Aktion im Rahmen des landesweiten Aktionstages. Über 1.000 Menschen beteiligten sich in Frankfurt, darunter zahlreiche Mitglieder der GEW. Die GEW, die Landesastenkonzferenz und ver.di sammelten in einer gemeinsamen Petition an Herrn Lorz, den hessischen Finanzminister, über 12.750 Unterschriften zum Thema „Unterfinanzierung der hessischen Hochschulen beenden!“

Zwei Tage vor der Unterzeichnung des Hochschulpakts protestierten die Studierenden und Beschäftigten in Wiesbaden vor der hessischen Staatskanzlei, nach der Kundgebung gab es eine Demonstration mit mehreren Aktionen vor das hessische Wissenschaftsministerium. Zeitgleich waren Vertreter:innen von den Senaten der Hochschulen zu einem Austausch im Ministerium.

TV-H und Entfristungen

Es sieht es nicht so aus, als würden die Proteste nachlassen. Die konkreten Auswirkungen – auch auf die beiden Frankfurter Hochschulen – werden sich erst in den nächsten Jahren zeigen. Außerdem beginnt die nächste Tarifrunde für den öffentlichen Dienst in Hessen Anfang 2026. Trotz der Kürzungen erwarten die Gewerkschaften, dass die bei den letzten Verhandlungen geschlossene schuldrechtliche Vereinbarung im Rahmen der Tarifeinigung 2024, wonach 400 Dauerstellen geschaffen werden sollen, in die Praxis umgesetzt wird. Zudem gilt, dass bei all diesen Entscheidungen, nicht nur im Hinblick auf die Kürzungen, die Mitbestimmungsrechte der verschie-

denen Statusgruppen gestärkt werden müssen.

Gemeinsam dranbleiben

Phil Collins lernt in der Komödie ‚Und täglich grüßt das Murmeltier‘ schließlich, nachhaltigere und solidarische Entscheidungen zu treffen und durchbricht damit die Zeitschleife, in der er gefangen ist. Ob wir eines Tages aufwachen und erkennen, dass die hessische Landesregierung ausgerechnet diesen Spielfilm zum Vorbild genommen hat, wage ich zu bezweifeln.

Es bleibt also dabei: Die Auseinandersetzung um faire Arbeitsbedingungen und gute Lehre geht weiter – nicht nur in landesweiten Verhandlungen, sondern auch ganz konkret vor Ort.

Zahlen und Fakten

Die 14 staatlichen Hochschulen in Hessen sind im Jahr 2026 bei einem Budget von 2,296 Milliarden Euro mit Einsparungen von 1,3 Prozent, also rund 30 Millionen Euro im Vergleich zum Vorjahr konfrontiert. 2027 kehrt das Budget nominal zum Niveau von 2025 zurück, bis 2031 ist eine Steigerung von 10,2 Prozent im Vergleich zum Jahr 2025 geplant. Damit ist absehbar, dass die geplanten Erhöhungen die Kostensteigerung durch Inflation und Tarifierhöhungen nicht abdecken können. Allein ab 2026 fallen jährlich über 60 Millionen Euro Mehrkosten an, die noch nicht vollständig kompensiert sind. Ab 2028 stellt das Land jährlich mindestens 37,5 Millionen Euro bereit, um Tarifabschlüsse aus 2027 zu finanzieren – bei Tarifsteigerungen über vier Prozent sollen zusätzliche Mittel folgen. Unterm Strich trägt auch das zum Finanzierungsdefizit bei. Die Hochschulen schätzen, dass sie in der Laufzeit des Pakts ein Finanzierungsdefizit von rund einer Milliarde Euro aufbauen – das entspricht etwa zehn Prozent ihres Gesamtpersonaletats.

In Frankfurt bedeutet dies konkret: Hunderte Stellen – SHKs, Wi-

Mis, Professuren und Verwaltungspersonal – sind gefährdet, der Druck zur Einsparung wird spürbar. Präsident Schocke der Frankfurt UAS kündigt bereits an, das Studienplatzangebot deutlich reduzieren zu müssen. Präsident Schleiff der

Goethe-Universität erklärt jedoch, dass die Finanzierung auch an die Zahlen der Studierenden geknüpft ist, was eine Entscheidung über die Steuerung der Studierendenzahlen erschwert.

Luise Brunner

Die Junge GEW Frankfurt ist zurück!



Wir sind offen für alle GEW-Mitglieder (oder die, die es noch werden wollen) bis 35 Jahre. Komm' vorbei, egal ob du Studi oder Azubi, junge Lehrkraft, Erzieher*in oder Wissenschaftliche Mitarbeiterin bist. Uns verbindet, dass wir im Bildungs- und Erziehungsbereich tätig sind oder sein wollen: von der Krippe über KiTa, Schule, Jugendzentrum, Uni bis zur Erwachsenenbildung. Unsere Treffen bieten Raum für Austausch, Diskussion und Vernetzung – bringt also gerne eure Themen mit, die euch in der Ausbildung oder im Betrieb beschäftigen!

Wann und wo?

Jeden 3. Mittwoch im Monat um 17:30 Uhr
GEW Frankfurt · Bleichstraße 38a, 60313 Frankfurt am Main

Kontakt:

junge.gew@gew-frankfurt.de oder via Instagram: jgewffm

Freizeit statt Geld (§ 6a TV-H): Anträge bis 30. September stellen!

Mit der Tarifrunde 2021 ermöglichten es die Tarifvertragsparteien, dass Beschäftigte zugunsten von zwei zusätzlichen freien Arbeitstagen auf einen Teil der Jahressonderzahlung verzichten (§ 6a TV-H). „Freizeit statt Geld“ lautet die Überschrift der Regelung, die in der Tarifrunde 2024 im vergangenen März verlängert wurde. Wer diese Regelung in Anspruch nehmen möchte, muss bis spätestens 30. September 2025 einen Antrag in schriftlicher Form gestellt haben. Anspruchsberechtigt

zent (EG 1 bis EG 8) bzw. 60 Prozent (EG 9a bis EG 16) angehoben. Daraus ergeben sich die in der Tabelle aufgeführten Bemessungssätze nach § 6a TV-H.

Der Freizeitausgleich von zwei Tagen muss im Zeitraum Dezember 2025 bis November 2026 teilweise gewährt und genommen werden. Freizeitausgleich, der nicht in diesem Zeitraum genommen wird, verfällt. Eine finanzielle Abgeltung ist ausgeschlossen. Kann der Freizeitausgleich jedoch aus krankheits-

spruch auf die SuE-Zulage haben, können diese in bis zu zwei Tage Arbeitsbefreiung teilweise umwandeln (Umwandlungstage). Die SuE-Zulage beträgt je nach Eingruppierung 130 Euro pro Monat bzw. 180 Euro bei Vollzeit. Umwandlungstage müssen spätestens bis zum 31. Oktober des Vorjahres schriftlich beantragt werden. Die genauen Zeitpunkte der Umwandlungstage können dann im Jahr 2026 entspannt festgelegt werden. Spätestens vier Wochen vorher müssen sie beim

Verminderte Vomhundertsätze des Bemessungssatzes der Jahressonderzahlung für zwei Arbeitstage Freizeitausgleich entsprechend der durchschnittlichen Anzahl der Arbeitstage pro Woche						
Anzahl der Arbeitstage (AT) pro Woche	5 AT	6 AT	4 AT	3 AT	2 AT	1 AT
EG 1 bis EG 8	79,68 v.H.	81,40 v.H.	77,10 v.H.	72,80 v.H.	64,20 v.H.	38,40 v.H.
EG 9a bis EG 16	49,92 v.H.	51,60 v.H.	47,40 v.H.	43,20 v.H.	34,80 v.H.	9,60 v.H.

sind diejenigen Tarifbeschäftigten, für die Arbeitszeitregelungen der §§ 6 bis 10 TV-H gelten. Für Lehrkräfte gelten diese Regelungen nach § 44 TV-H Nr. 2 nicht. Denn deren Arbeitszeit bemisst sich nach der Pflichtstundenverordnung.

Durch einen Antrag vermindert sich die Jahressonderzahlung. Die Bemessungssätze der Jahressonderzahlung ab 2025 wurden auf 90 Pro-

bedingten Gründen oder wegen Elternzeit nicht vollständig genommen werden, besteht für die verfallenen Freistellungstage ein entsprechender Ausgleichsanspruch in Geld.

Umwandlungstage im TVöD: Fristende am 31. Oktober

Beschäftigte bei Kommunen, die im Sozial- und Erziehungsdienst (SuE) eingruppiert sind und die einen An-

Arbeitgeber schriftlich geltend gemacht werden.

Auch die konkrete Beantragung möglicherweise noch ausstehender Regenerationstage für 2025 sollte spätestens bis Ende November erfolgen. Die schriftliche Beantragung muss vier Wochen vorher auf den Weg gebracht werden, so dass ansonsten die Tage Ende des Jahres verfallen.

Neue Kampagne der GEW Hessen startet:

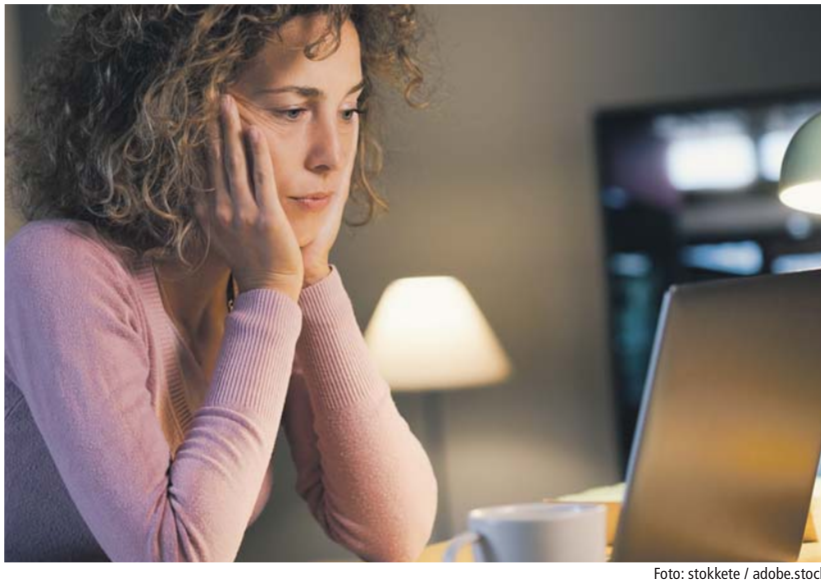


Foto: stokkete / adobe.stock

Zuviel ist zu viel – Mehrarbeit gemeinsam sichtbar machen!

In den Schulen in Hessen ist längst Alltag geworden, was eigentlich ein Ausnahmefall sein sollte: unbezahlte und nicht ausgeglichene Mehrarbeit. Vertretungsstunden, zusätzliche Aufgaben, außerunterrichtliche Verpflichtungen – vieles davon wird geleistet, ohne dass zwingende dienstliche Gründe benannt oder Ausgleichsansprüche beachtet werden.

§ 61 des Hessischen Beamtengesetzes (HBG) schützt uns eigentlich genau davor: Er stellt klar, dass Mehrarbeit nur bei zwingenden dienstlichen Gründen erlaubt ist – und auch dann nur in engen Grenzen. Doch in der Praxis wird dieser Schutz oft umgangen: Strukturelle Zuvielarbeit wird stillschweigend vorausgesetzt – als wäre unsere Zeit eine kostenlose Ressource.

Mit dieser Kampagne wollen wir gemeinsam sichtbar machen, was wirklich geleistet wird – und uns auf unsere Rechte besinnen.

Was ist das Ziel?

Diese Kampagne will nicht möglichst viele Klagen produzieren. Unser Ziel ist es, ein Bewusstsein dafür zu schaffen, dass die aktuelle Praxis weder selbstverständlich noch rechtlich haltbar ist. Durch die Anzeige struktureller Zuvielarbeit machen wir deutlich:

- dass § 61 HBG ein Schutzrecht ist – kein Freibrief zur Mehrbelastung,
- dass Mehrarbeit dokumentiert und begründet werden muss,
- dass strukturelle Mängel nicht auf unserem Rücken ausgetragen werden dürfen.

Was kannst du tun?

1. Mehrarbeit dokumentieren. Notiere regelmäßig deine Vertretungsstunden und Zusatzbelastungen. Das gibt dir einen Überblick und stärkt deine Position.

2. Nutze den Antrag auf Anzeige struktureller Zuvielarbeit. Du findest ihn im Mitgliederbereich auf der Homepage der GEW-Hessen (siehe QR-Code) oder über deine Personalvertretung/Vertrauensleute. Trage konkret ein, wann und warum du Vertretung gemacht hast – und fordere eine Begründung ein. Wenn keine zwingenden Gründe

vorliegen, handelt es sich nicht um rechtmäßige Mehrarbeit.

3. Hol dir Unterstützung vor Ort. Nutze die bestehenden GEW-Strukturen: Vertrauensleute, Kreis, Bezirks- und Stadtverbände, GEW-Personalräte – wir helfen dir bei Unsicherheiten und Rückfragen. Gemeinsam ist der Weg leichter.

Was, wenn die Schulleitung nicht reagiert?

Du hast das Recht, eine dienstliche Anordnung zu hinterfragen. Bleibt die Schulleitung eine Antwort schuldig, kannst du dich über den Dienstweg an die Schulaufsicht wenden. Fordere ein, dass deine Schulleitung zur Darlegung der „zwingenden Gründe“ angehalten wird. Auch hier unterstützen wir Dich. Du stehst nicht allein!

Wichtig zu wissen: Keine versteckten Stundenkonten!

Manche Schulleitungen versuchen, über längere Zeiträume Stunden zu bilanzieren – sogar über mehrere Monate hinweg. Das ist unzulässig. Die Pflichtstundenverordnung schreibt eine wöchentliche Unterrichtsverpflichtung vor. Eine verpflichtende „Überziehung“ oder das Ansammeln von Vertretungsstunden zum späteren Ausgleich ist nicht zulässig und nicht vorgesehen.

Gemeinsam stark gegen strukturelle Überlastung.

Jede Anzeige hilft – nicht nur dir, sondern auch allen anderen. Denn sie zeigt: Wir lassen uns nicht dauerhaft überlasten. Mit Mut, guter Dokumentation und solidarischer Unterstützung vor Ort können wir etwas bewegen. Die Anzeige zum Download befindet sich in unserem Mitgliederbereich auf der Homepage (QR-Code) unter dem Abschnitt Arbeitszeit.



DEINE MEINUNG ZÄHLT!

GEW Befragung zur Tarif- und Besoldungsrunde 2026



Die letzten Ergebnisse der Tarifrunde 2024 mit dem Land Hessen sind gerade erst in Kraft getreten (Entgelterhöhung um 5,5 Prozent im August) oder werden bald noch realisiert (Erhöhung der Jahressonderzahlung 2025). Trotzdem wollen sich die Gewerkschaften des öffentlichen Dienstes jetzt bereits auf die nächste Tarifrunde bei den Bundesländern vorbereiten. Die heiße Phase der Tarif- und Besoldungsrunde beginnt mit einer ersten Verhandlungsrunde im Bereich der anderen Bundesländer zwar erst am 3. Dezember 2025. Hessen folgt dann am 27. Februar 2026. Aber der richtige Zeitpunkt ist jetzt, in die Debatte zu den Tarifforderungen einzusteigen.

Mit einer digitalen Befragung zur hessischen Tarif- und Besoldungsrunde startete die GEW bereits vor den Sommerferien. Die Umfrage läuft allerdings noch ein

paar Tage. Sie endet am 17. September 2025. Dabei geht es darum herauszufinden, wo den Beschäftigten der (tarifpolitische) Schuh drückt. Wir möchten aber auch wissen, wie es mit der Bereitschaft bestellt ist, sich bei der Tarifaufeinandersetzung zu engagieren. Auf der Grundlage der Ergebnisse führt die GEW dann im Herbst in Versammlungen und Gremiensitzungen die Forderungsdebatte fort.

An der digitalen Befragung können – und sollen – sich die Tarifbeschäftigten des Landes (sowie der tarifunabhängigen Darmstädter und Frankfurter Universitäten) beteiligen. Aber auch die Beamtinnen und Beamten des Landes. Schließlich haben wir eine Tarif- und Besoldungsrunde vor uns. Gefragt sind darüber hinaus die Studentischen Hilfskräfte an den Hochschulen des Landes.

Denn diese rund 12.000 Beschäftigten haben noch immer keinen eigenen Tarifvertrag, auch wenn es 2024 in der Tarifrunde ein paar wichtige Festlegungen zu den Mindestentgelten und Vertragslaufzeiten gab. Nicht zu vergessen: Jahrespraktikant:innen beim Land sowie Auszubildende.

Wer als GEW Mitglied auskunftsbereit ist, kann bis zum 17. September 2025 noch Antworten geben. Einfach auf gew-hessen.de im Mitgliederbereich einloggen. Dort dann „Tarif- und Besoldungsrunde 2026“ anklicken. Landesbeschäftigte, die nicht Mitglied der GEW sind, schicken am besten möglichst schnell eine kurze E-Mail zumindest mit Namensangabe an info@gew-hessen.de, Stichwort „Tarifbefragung“. Dann senden wir den Link zur Umfrage zu.

Butter statt Kanonen

„Kanonen und Butter – das wäre schön, wenn das ginge. Aber das ist Schlaraffenland. Das geht nicht. Sondern Kanonen ohne Butter.“

Ehrlicher als Clemens Fuest im vergangenen Jahr in einer Donnerstagabend-Talkshow kann man dreieinhalb Jahre „Zeitenwende“ nicht zusammenfassen. Die Logik, die hinter den Äußerungen des Präsidenten des arbeit„geber“nahen Wirtschaftsforschungsinstituts „ifo“ steckt, ist unmissverständlich: Jeder Euro, der in Soziales, Gesundheit oder Bildung investiert wird, fehlt für Aufrüstung und Krieg. Jeder Cent, der in den Sozial- oder Bildungsetat fließt, schmälert die Profite von Rheinmetall und anderen Rüstungsschmieden und damit auch die Dividenden derjenigen, die an den Börsen auf die Fortsetzung des Mordens in der Ukraine, in Palästina und zahlreichen weiteren Kriegsschauplätzen wetten.

Das erklärt, warum neoliberale Think Tanks und Parteien sowie die dahinterstehenden Kapitalverbände an der Legende vom ausufernden Sozialstaat und überbordender Bürokratie stricken. So behauptete beispielsweise schon 2024 Bernd Raffelhüschen, Lobbyist der Initiative „Neue soziale Marktwirtschaft“, dass Deutschland seinen Sozialstaat seit Jahrzehnten immer weiter ausbaue und es daher auch unproblematisch sei, im Sozialbereich zu sparen. Ähnlich hatte sich auch der damalige Finanzminister Christian Lindner (FDP) geäußert und für ein dreijähriges Moratorium der Sozialausgaben und ein Einfrieren der Rente plädiert. In die gleiche Richtung gehen jetzt die Vereinbarungen im Koalitionsvertrag von Union und SPD, das Bürgergeld in eine „neue Grundsicherung“ mit verbindlicheren Anforderungen und Sanktionen radikal umzubauen. Der Beifall der Unternehmerverbände folgte prompt. Merz behauptete jüngst, der Sozialstaat sei „nicht mehr finanzierbar“. Die Liste der Totengräber des Sozialstaats ließe sich beliebig fortsetzen.

Ganz nebenbei hat sich der gigantische Rüstungsetat bei Tarifausinandersetzungen – nicht nur in Bund, Ländern und Kommunen – im wahrsten Sinne des Wortes als „Totschlagargument“ erwiesen. Wenn das Geld in Aufrüstung gesteckt wird, fehlt es eben für Löhne und bessere Arbeitsbedingungen für die Beschäftigten – insbesondere dann, wenn man gleichzeitig auf eine angemessene Besteuerung großer Vermögen verzichtet, die jedes Jahr ein neues Rekordhoch erreichen.

So werden die verteilungspolitischen Spielräume politisch gewollt immer enger gemacht. 2028 werden die 100 Milliarden Euro aus dem ersten „Sondervermögen Bundeswehr“ vollständig ausgegeben sein. Anschließend müssen gemäß dem 2-Prozent-Ziel dann pro Jahr gut 20 Milliarden Euro zusätzlich aus dem regulären Bundeshaushalt in den Rüstungsetat gepumpt werden. Ab 2031 steht zusätzlich die Tilgung des 100-Milliarden-Euro-Kredits auf der Tagesordnung. Diese Kriegskredite werden dann zu-

lasten von allem anderen zurückgezahlt werden müssen.

Spätestens mit der Modifikation des zwei-Prozent-Ziels durch einen eigentlich schon abgewählten Bundestag zu einem Blankoscheck für Aufrüstung ohne Limit nach oben, dürfte auch der fromme Wunsch „man dürfe die äußere und die soziale Sicherheit nicht gegeneinander ausspielen“ endgültig wie eine Seifenblase geplatzt sein.

Doch damit nicht genug. Auf dem NATO-Gipfel im Juni in Den Haag verpflichteten sich die Mitgliedsstaaten das 5-Prozent-Ziel zu erreichen. Der Fortschritt soll im Jahr 2029 überprüft und 2035 vollständig umgesetzt sein. Für die Bundesrepublik würde das bedeuten, dass fast 50 Prozent des gesamten Bundeshaushalts für Krieg und Rüstung ausgeben werden müssen – und alles andere zusammengestampft wird.

Am Beispiel der für 2024 vorliegenden Zahlen vorgerechnet: Das deutsche Bruttoinlandsprodukt (BIP) lag 2024 nach Angaben des Statistischen Bundesamts bei etwa 4,12 Billionen Euro (also 4 120 Milliarden Eurp). 5 % davon sind rund 206 Milliarden Euro. Nach dem vorläufigen Abschluss des Bundeshaus-

halts beliefen sich die tatsächlichen Ausgaben des Bundes für 2024 auf etwa 465,7 Milliarden Euro. Am Beispiel des deutschen Bundeshaushalts zeigt sich: Wird das NATO-5-Prozent-Ziel umgesetzt, wären das etwa 44 Prozent der gesamten Ausgaben.

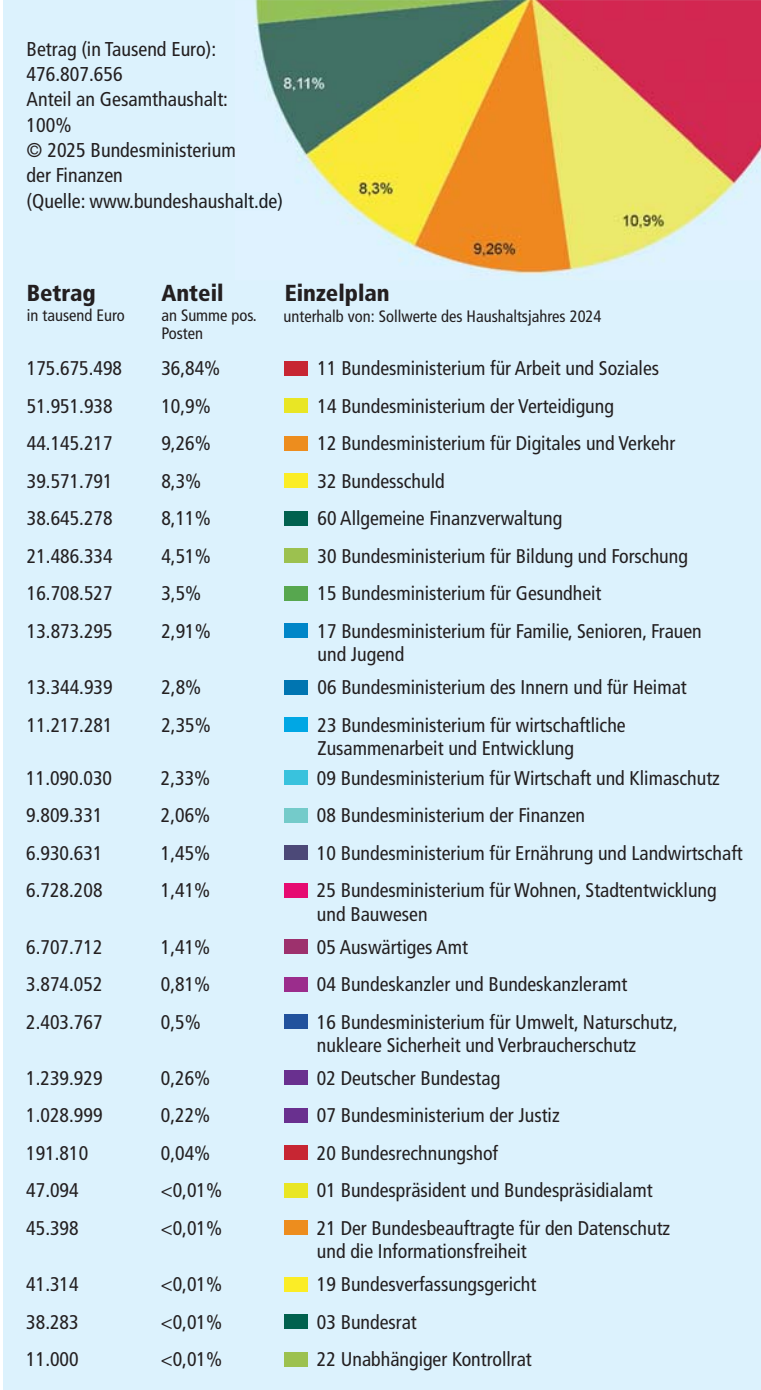
Im Mai erklärte Kanzler Friedrich Merz bei der traditionellen Jahreskonferenz des Wirtschaftsrats der CDU unter Applaus der anwesenden Unternehmer und Manager: „Mit Vier-Tage-Woche und Work-Life-Balance lasse sich der Wohlstand nicht halten.“ Ende Juli legte die frisch gebackene Wirtschaftsministerin Katherina Reiche nach. Die Lebensarbeitszeit müsse steigen. Der demografische Wandel und die weiter steigende Lebenserwartung mach-

besonders hoch noch zuletzt stark gewachsen. Betrachtet man die preisbereinigte Entwicklung der öffentlichen Sozialausgaben in den vergangenen 20 Jahren im internationalen Vergleich, zeigt sich: Unter 27 Ländern der Industriestaatenorganisation OECD liegt Deutschland mit einem Zuwachs von insgesamt 26 Prozent auf dem drittletzten Platz, so das gewerkschaftsnahe Institut.



Ulf Immelt

Sollwerte des Haushaltsjahres 2024



ten das „unumgänglich“. Schon jetzt seien die sozialen Sicherungssysteme überlastet. Daher reichen nach Meinung der Ministerin die im Koalitionsvertrag vereinbarten Reformen nicht aus. „Die Kombination aus Lohnnebenkosten, Steuern und Abgaben machen den Faktor Arbeit in Deutschland auf Dauer nicht mehr wettbewerbsfähig“, so die CDU-Politikerin.

Zuspruch erhielt sie umgehend von Rainer Dulger. Deutschland müsse wieder mehr arbeiten, damit unser Wohlstand auch morgen noch Bestand hat, so der Präsident der Bundesvereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände (BDA). Darüber hinaus stehen „effizientere Verwendung von Sozialleistungen, der Abbau übermäßiger Bürokratie und eine spürbare Reduzierung der Sozialabgaben“ ganz oben auf der Wunschliste des Unternehmerverbands. „Wir müssen diesen Sozialstaat dringend reformieren. Wir können uns nicht mehr alles leisten, was wir uns wünschen“, lautet die unmissverständliche Botschaft Dulgers in Zeiten der „Kriegstüchtigkeit“ an das politische Personal.

Im krassen Gegensatz hierzu steht der jüngste Bericht des Europarats zur Sozialpolitik Deutschlands. Das hohe Maß an Armut und sozialer Benachteiligung stehe in keinem Verhältnis zum Reichtum des Landes und es bedürfe größerer Anstrengung bei der Bekämpfung von Armut, Wohnungslosigkeit und Ausgrenzung, so das vernichtende Urteil der von der EU unabhängigen, 1949 zum Schutz von Demokratie, Menschenrechten und Rechtsstaat in Europa gegründeten Institution.

Eine Analyse, die durch Untersuchungen des Instituts für Makroökonomie und Konjunkturforschung (IMK) der Hans-Böckler-Stiftung untermauert wird: Die Staats- und Sozialausgaben sind hierzulande – anders als behauptet – weder

Weit vorne rangieren Neuseeland mit einem Plus von 136 Prozent, Island mit 131 Prozent und Irland mit 130 Prozent. Selbst in Staaten wie den USA mit 83 Prozent oder Großbritannien mit 59 Prozent war der Anstieg der Sozialausgaben deutlich höher als in der Bundesrepublik.

Mit einem Anteil der staatlichen Sozialausgaben am Bruttoinlandsprodukt (BIP) mit aktuell 26,7 Prozent belegt Deutschland ebenfalls keinen Spitzenplatz, sondern liegt laut IMK nur auf Rang 7 der 18 reichen OECD-Länder in Westeuropa und Nordamerika. Und auch die Staatsquote, die dem Verhältnis zwischen den gesamten staatlichen Ausgaben einschließlich der Sozialausgaben und dem BIP entspricht, ist hierzulande mit 48,2 Prozent geringfügig niedriger als der EU-Durchschnitt von 48,9 Prozent.

Spätestens mit der sogenannten „Zeitenwende“ spielen solche ökonomischen Fakten keine Rolle mehr. Schließlich erweisen sich Aufrüstung und (Stellvertreter)-Kriege als äußerst wirksame Instrumente zur Umverteilung von unten nach oben. Während der militärisch-industrielle Komplex mit Milliardensummen subventioniert wird, bezahlen dies die Kolleginnen und Kollegen hierzulande mit längerer Arbeitszeit, geringeren Renten und schlechterer Absicherung von Arbeitslosigkeit und Armut – und die Menschen in den Kriegsgebieten häufig mit dem Leben. Angesichts dieser Entwicklungen wird deutlich: Wer nichts gegen den Rüstungswettlauf tut, wird keine Tarifpolitik im Sinne der Beschäftigten machen können. Anders formuliert: Wir sollten uns die Butter nicht vom Brot nehmen lassen – erst recht nicht für Kanonen.

Ulf Immelt
Gewerkschaftssekretär
DGB Bezirk Hessen-Thüringen
Region Mittelhessen



GEW-Mitglieder im Gesamtpersonalrat Schule

Name	Schule	Kontakt
Dominique Akoury	Friedrich-Fröbel-Schule	dominique.akoury@gew-frankfurt.de
Christina Avellini	Adornogymnasium	christina.avellini@gew-frankfurt.de
Meike Bär	Friedrich-Dessauer-Gymnasium	meike.baer@gew-frankfurt.de
Claudia Bremer	Friedrich-Dessauer-Gymnasium	claudia.bremer@gew-frankfurt.de
Diane Fehrensen	Freiligrathschule	diane.fehrensen@gew-frankfurt.de
Enis Gülegen	Philipp-Holzmann-Schule	enis.guelegen@gew-frankfurt.de
Sebastian Guttmann	BFZ-Frankfurt-West	sebastian.guttmann@gew-frankfurt.de
Susanne Hüttig	Stauffenbergschule	susanne.huettig@gew-frankfurt.de
Sylvia Jasarevic	Julius-Leber-Schule	sylvia.jasarevic@gew-frankfurt.de
Christina Kolb	Klingerschule	christina.kolb@gew-frankfurt.de
Dirk Kretschmer	Max-Beckmann-Schule	dirk.kretschmer@gew-frankfurt.de
Frauke Matthes	Bergiussschule	frauke.matthes@gew-frankfurt.de
Andrea Peters	Panoramaschule	andrea.peters@gew-frankfurt.de
Felix Pressel	Diesterwegschule	felix.pressel@gew-frankfurt.de
Laura Preusker	Münzenbergerschule	laura.preusker@gew-frankfurt.de
Wibke Rausch	Max-Beckmann-Schule	wibke.rausch@gew-frankfurt.de
Katja Weber	Ernst-Reuter-Schule II	katja.weber@gew-frankfurt.de
Henrich Zorko	Ernst-Reuter-Schule II	henrich.zorko@gew-frankfurt.de
Nachrücker*innen und Gewerkschaftsbeauftragte		
Nancy Heptner	Viktor-Frankl-Schule	nancy.heptner@gew-frankfurt.de
Sam Logan	Ernst-Reuter-Schule I	sam.logan@gew-frankfurt.de

Zuständigkeiten

Vorsitzendenteam		Meike Bär und Sebastian Guttmann	
Arbeits- und Gesundheitsschutz	Meike Bär und Laura Preusker	Fragen von Tarifbeschäftigten	Susanne Hüttig, Andrea Peters und Felix Pressel
Beratung bei länderübergreifenden und hessenweiten Versetzungen			
Berufliche Schulen:	Susanne Hüttig	Förderschulen:	Sebastian Guttmann
Gesamtschulen:	Katja Weber	Grundschulen:	Dominique Akoury und Laura Preusker
Haupt- u. Realschulen:	Katja Weber	Gymnasien:	Christina Avellini
Gesamtpersonalratsbüro: Breitlacherstraße 92 · 60489 Frankfurt · gprs.ssa.frankfurt@kultus.hessen.de Telefon 069 - 4500488-902 oder -903. – Am besten funktioniert die Kontaktaufnahme per Mail!			

Impressum info@gew-frankfurt.de

FLZ vorm. Frankfurter Lehrerzeitung
Herausgeber Stadtverband Frankfurt a. M. der Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft (GEW) im DGB, Bleichstraße 38a, 60313 Frankfurt, Tel.: 069 – 29 18 18, Fax: 069 – 29 18 19; E-Mail: info@gew-frankfurt.de
Bürozeiten Geschäftsstelle des Stadtverbandes: dienstags und mittwochs von 13 bis 18 Uhr

Vorsitzendenteam Sebastian Guttmann, Laura Preusker
FLZ Jann Lossdörfer
Satz & Layout Karin Dienst, Christian Häußler
Druck MTM – Agentur für Werbung, Marketing und neue Medien GmbH
Auflage ca. 5000
Erscheinungsweise 4 bis 5 mal jährlich
Fotos wenn nicht anders angegeben: FLZ

Der Bezugspreis ist durch den Mitgliedsbeitrag abgegolten.
Red. Hinweis: Die Redaktion freut sich über Zuschriften – möglichst als unformatierte Word-Datei. Namentlich gekennzeichnete Beiträge geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder. Sie behält sich das Recht der Kürzung vor. Wir danken allen Karikaturisten, Fotografen und Autoren der Bild- und Textmaterialien für die freundliche Überlassung.
Redaktionsschluss Nr. 4-25: siehe homepage

Nachrichten

Beginn des Schuljahrs an Frankfurter Schulen

Wie jedes Schuljahr wurde uns vom Staatlichen Schulamt mitgeteilt, dass die Schulen personell so versorgt seien, dass die Grundunterrichtsversorgung gewährleistet sei. Inzwischen sollte aber allen klar sein, dass dies keine gute Nachricht ist, denn Grundunterrichtsversorgung bedeutet, dass nur das Notwendigste gerade so abgedeckt ist: der Unterricht nach Stundentafel. Keine zusätzlichen Förderstunden und Doppelstreckungen, keine zusätzlichen Mittel (Stichwort 104 Prozent und Sozialindex), keine Reserve für ausfallende Lehrkräfte und vieles mehr. Darüber hinaus muss der Personalbedarf zunehmend durch die Einstellung wenig qualifizierter und kaum mit schulisch-organisatorischen Abläufen vertrauten Personen gedeckt werden. Da die Einarbeitung und Begleitung dieser Kolleg:innen vor Ort von den erfahrenen Lehrkräften erfolgt, führt auch dies wieder zu einer höheren Belastung. Aus diesem Grund versuchen wir zu erreichen, dass es ähnlich wie bei Lehrkräften im Vorbereitungsdienst und Quereinsteigern einerseits eine Entlastung für „Mentor:innen“ zu erreichen. Andererseits halten wir es auch im Sinne der Unterrichtsqualität für wichtig, dass es begleitende pädagogische und didaktische Fortbildungen für die neu eingestellten Kolleg:innen gibt.

Große Schwierigkeiten bereitet an vielen Frankfurter Schulen auch die Gebäudesituation. In den Sommerferien wurde bekannt, dass das Hauptgebäude der IGS Süd aus statischen Gründen nicht mehr genutzt werden darf. Wir kritisieren, dass diese Information erst in der Mitte der unterrichtsfreien Sommerferienzeit mitgeteilt wurde, obwohl sie bereits in der letzten Schulwoche bekannt war. Auch die für die Vertretung des Personals zuständigen Gremien (Personalräte und Schwerbehindertenvertretung) wurden nicht informiert, sodass sie (und damit auch wir) nur mit Verzögerung tätig werden konnten. Jetzt setzen wir uns für konkrete Entlastungen für durch den Notfallumzug entstandenen Mehrarbeit und Probleme von Kolleg:innen ein.

Darüber hinaus sind die Gebäudeprobleme der IGS Süd kein Alleinstellungsmerkmal, sondern ein exemplarisches Beispiel für den in Frankfurt immer noch nicht überwundenen Sanierungsstau, der die Arbeits- und Lernbedingungen an vielen Schulen stark beeinträchtigt. Deshalb setzen wir uns an vielen Stellen für eine Beschleunigung der Sanierungen an allen Schulen ein und kümmern uns auch um die konkreten Anliegen weiterer Schulen, beispielsweise durch Thematisierung im Arbeitsschutzausschuss.

Befristet Beschäftigte – Sommerferienbezahlung – Lebensarbeitszeitkonto

Nachdem der Erlass zur Sommerferienbezahlung an einer Stelle verbessert wurde, sind noch einmal mehr befristet Beschäftigte über die Sommerferien beschäftigt worden. Auch wenn jetzt ein Großteil der befristet Beschäftigten über die Sommerferien bezahlt werden, gibt es aber leider immer noch Ausnahmen. Wir bit-

ten deshalb insbesondere die Personalräte, darauf zu achten, dass neu geschlossene Verträge bereits den Zeitraum der Sommerferien beinhalten und wenn dies nicht der Fall ist, nach dem Grund dafür zu fragen und zu versuchen, darauf hinzuwirken, dass eine Verlängerung rechtzeitig vor den Sommerferien stattfindet.

Auch sollte beachtet werden, dass auch befristet Beschäftigte Stunden für das Lebensarbeitszeitkonto einarbeiten. Da der reguläre Weg des Ausgleichs (Inanspruchnahme im Schuljahr vor dem Eintritt in den Ruhestand) in der Regel nicht möglich ist, soll der Ausgleich innerhalb des Beschäftigungszeitraums erfolgen. Wenn der Vertrag kürzer als ein Schuljahr läuft, erfolgt der Ausgleich finanziell durch die Bezügestelle. Bei einem über das ganze Schuljahr laufenden Vertrag soll ein Zeitausgleich an der Schule erfolgen. Wir empfehlen, diesen am Anfang der Beschäftigung gemeinsam festzulegen, da ansonsten zumindest die Gefahr besteht, dass es in der Hektik des Schuljahres vergessen wird.

Kinderkranktage

Es gibt einen neuen Erlass des Innenministeriums, bzw. eine neue Erläuterung zum alten Erlass. Hier wird ausgeführt, dass keine Notwendigkeit besteht, an der Pflicht zur Vorlage eines ärztlichen Attests bei Erkrankung eines Kindes einer Beamtin oder eines Beamten bereits ab dem ersten Krankheitstag festzuhalten. Aus Gründen des Abbaus von bürokratischen Hindernissen soll also im Regelfall ein ärztliches Attest erst eingefordert werden, wenn die Abwesenheitszeit länger als drei Kalendertage andauert. Wir begrüßen diesen Bürokratieabbau, durch den Kolleg:innen, Ärzt:innen und Schulleitungen entlastet werden.

Nutzung privater Smartphones für dienstliche Zwecke

Seit Ende des letzten Schuljahrs thematisieren wir mit dem Staatlichen Schulamt die Problematik, dass es zunehmend Situationen gibt, in denen erwartet wird, dass Kolleg:innen ihre privaten mobilen Endgeräte (in der Regel Smartphones) zur Erledigung dienstlicher Angelegenheiten nutzen, wenn gerade kein Schultelefon in der Nähe ist – sei es auf Klassenfahrten, Ausflügen, auf dem Sportplatz oder um bei Unterrichtsbeginn vom Klassenraum aus die Eltern nicht abgemeldeter Schüler:innen zu erreichen. Dies kann aus unserer Sicht – auch aufgrund der Menge und der Erwartungen – kein haltbarer Zustand sein, weshalb wir hier mit dem Staatlichen Schulamt und dem Schulträger in einen intensiven Austausch gehen, wie diesem Problem begegnet werden kann. Da wir vermuten, dass es hier keine „schnelle“ Lösung gibt, werden wir weiter regelmäßig darüber berichten.

Dienstvereinbarung Teilzeit

Wir bekommen regelmäßig Beschwerden von Teilzeitkräften, die durch nichtteilbare Dienstpflichten und andere nicht anteilig berechnete Tätigkeiten zusätzliche Arbeit leisten müssen. Insbesondere erstaunt uns, dass häufig kein Ausgleich für Klassenfahrten erfolgt oder sogar unsinnige Vorschläge hierzu gemacht

aus dem Gesamtpersonalrat

werden („nehmen Sie Ihren Ausgleichstag doch in den Ferien!“). Das Staatliche Schulamt ist mit uns sehr einig, dass eine Veranstaltung mit Schüler:innen nur durch einen (wegfallenden) Tag(e) mit Schüler:innen ausgeglichen werden kann. Der Ausgleich für die Mehrarbeit von Teilzeitbeschäftigten bei Klassenfahrten ist rechtzeitig vor der Klassenfahrt zu verhandeln.

Dies zeigt uns aber auch, dass noch nicht an allen Schulen die Dienstvereinbarung Teilzeit beachtet wird bzw. bekannt ist. Diese hat der Gesamtpersonalrat Schule mit dem Staatlichen Schulamt im Jahr 2023 abgeschlossen und sie gilt an allen staatlichen Frankfurter Schulen. Sie ist unter <https://www.gew-frankfurt.de/mitbestimmung/schulpersonalrat/material-fuer-den-schulpersonalrat-oder-dem-nebenstehenden-qr-code-zu-finden>.

An gleicher Stelle stehen auch noch die weiteren aktuell bestehenden Dienstvereinbarungen zwischen dem Gesamtpersonalrat Schule und dem Staatlichen Schulamt Frankfurt sowie viele weitere hilfreichen Materialien.

Personalrätliche Mitbestimmung bei Mehrarbeit

Was lange währt wird endlich gut. Nach intensiven Verhandlungen konnten sich der Gesamtpersonalrat Schule und das Staatliche Schulamt auf eine Dienstvereinbarung einigen, die regeln soll, wann und wie die personalrätliche Mitbestimmung bei planbarer und auch nicht planbarer Mehrarbeit (seit 2023 ist diese nach HPVG § 78 mitbestimmungspflichtig) an den Schulen umgesetzt werden muss. Dies soll und wird eine Hilfe für die Arbeit der Personalräte an den Schulen sein und wird auch zu einer Senkung der Überlastung beitragen, wenn die an vielen Punkten bestehende Mitbestimmung zugunsten der Kolleg:innen und ihrer Arbeitsbedingungen ausgeübt werden kann. Wir werden die Vereinbarung, wenn sie unterschrieben ist, ebenfalls auf der Homepage der GEW Frankfurt zur Verfügung stellen.

Personalratsschulungen

Auch in diesem Schuljahr empfehlen wir die durch die Lehrkräfteakademie organisierten Personalrätelehrgänge – man findet sie, wenn man hier <https://akkreditierung.hessen.de/catalog> in das Freitextfeld Personalräte Süd (für Südhessen) eingibt und die anderen Felder leer lässt.

Diese finden dann in Frankfurt statt. Die Grundsulungen 1–4 sind thematisch unabhängig voneinander, man muss nicht 2 besucht haben um 3 oder 4 zu verstehen, man kann nach Interessensgebieten gehen. Hier die Termine für die nächsten Schulungen: 29./30. September die Grundsulung 2, am 23./ 24. Oktober die Grundsulung 3 und dann am 1./2. Dezember die Grundsulung 4 statt.



Die nächste Schulung der GEW-Fraktion im Gesamtpersonalrat für Frankfurter Schulpersonalräte, die gemeinsam mit der lea-Bildungsgesellschaft organisiert wird, findet am 26. November 2025 statt.

Betriebsärztliche Sprechstunde

Es werden weiterhin die von uns angeregten betriebsärztliche Sprechstunden angeboten, die nicht über die offizielle Anmeldung des Medical Airport Service geht: letzterer Weg hat den Nachteil, dass der Schulleitung aus haushalterischen Gründen angezeigt wird, dass jemand diese Beratung in Anspruch genommen hat. Das wünscht nicht jede:r. Man kann sich bei Hr. Dr. Jänsch persönlich anmelden und diskret eine Beratung in Anspruch nehmen. An folgenden Tagen werden Termine angeboten: 12.09.,

17.10., 28.11.2025 – jeweils nach persönlicher Anmeldung im Raum „Kaiserdom“ (3. OG.05.018) in der Breitlacherstraße 92 in Rödelheim, wo das Staatliche Schulamt jetzt angesiedelt ist.

Handlungsleitfaden Gewalt gegen Beschäftigte

Es gibt seit diesem Jahr einen Handlungsleitfaden zu Gewalterfahrungen von Beschäftigten an Schulen: hier gab es vor einigen Monaten eine Handreichung aus dem HMKB, die unserer Auffassung nach den Gewaltbegriff viel zu eng eingrenzte (nämlich überwiegend juristisch auf physische Gewalt und „körperlichen Zwang“).

Unser Beitrag zur Frankfurter Variante war, diesen Begriff zu schärfen und das Amt darum zu bitten, konkrete Ansprechpartner und Abläufe zu nennen. Uns war es ein Anliegen, dass Gewalt definiert wird als „ein komplexes Feld von Handlungen, die von verbaler Aggression über Bedrohung, Herabsetzung oder sexualisierter verbaler Gewalt bis hin zu tätlichen Übergriffen reichen kann. Gewalt kann in Form von physischen Übergriffen, in psychischer Form (z. B. durch Beleidigungen, Verleumdungen, Verwendung diskriminierender Begriffe, Bloßstellungen, Diskriminierungen in Bezug auf religiösen Glauben, ethnische Zugehörigkeit, sexuelle Orientierung, Aussehen, Einschränkungen, Weltanschauung), als aggressives Verhalten, oder durch ausgenutztes Machtgefälle erfolgen und findet häufig auch im virtuellen Raum statt.“ Mit dieser Definition hat auch jeder:r Beschäftigte, der/die so etwas erfährt, das Recht darauf, dass Abhilfe geschaffen wird – und auch jede Schule, dass hier präventiv gearbeitet wird.

Genannte Faktoren sollen im Rahmen der Schutzkonzepterstellung in die Risikoanalyse der Schule integriert werden. Die Gefahr einer Gewaltausübung gegenüber Beschäftigten am Arbeitsplatz kann ein erheblicher psychischer Gefährdungsfaktor sein und es gilt bei der Gefahrenverhütung grundsätzlich, dass ein Risiko möglichst minimiert

werden muss, kollektive und arbeitsorganisatorische Maßnahmen haben hierbei Vorrang vor individuellen Schutzmaßnahmen. Die Vorgesetzte bzw. der Vorgesetzte ist bei Kenntnisnahme von Gewalt gegenüber den Mitarbeitenden verpflichtet, für Abhilfe zu sorgen. Diese Verantwortung ist hier jetzt klar definiert und könnte sich in ihren konkreten Ausformungen im Rahmen der kollegialen oder Personalratsarbeit (Ablaufabsprachen oder Beantragung von Maßnahmen zu Transparenz, Kommunikation, Partizipation, Schutzkonzepte etc.) oder der Gesamtkonferenz festigen. (...)

Auch ist es wichtig für Kolleg:innen zu wissen, dass die erste Anlaufstelle im SSA die Schulpsychologie sein kann, wenn sie zum Beispiel die nötige Unterstützung in der Schule nicht finden oder sie sich unsicher sind. Die Schulpsychologie kann wiederum in Absprache mit den Betroffenen entscheiden, ob Jurist:innen und Dezernent:in eingeschaltet werden

den soll und wie im Folgenden vorgefahren wird.

Wir sind natürlich sehr interessiert daran, ob diese Abläufe dann auch gut im Sinne der Kolleg:innen funktionieren und freuen uns über Rückmeldungen: das Ganze ist sicher eine Arbeit, die fortlaufend und konsequent verbessert und fortgeführt werden muss.

Umzug und geänderte Kontaktdaten

Das Staatliche Schulamt Frankfurt ist seit Oktober 2024 umgezogen (und somit auch der GPRS!).

Bitte nur noch folgende Kontaktdaten nutzen:

Gesamtpersonalrat Schule am Staatlichen Schulamt für die Stadt Frankfurt am Main Breitlacherstraße 92 60489 Frankfurt am Main Tel.: 069-4500488/902 oder 903 gprs.ssa.frankfurt@kultus.hessen.de

Am besten funktioniert die Kontaktaufnahme per Mail!

Nachrichten aus dem Hauptpersonalrat

Das Ministerium informiert, dass sich die „Handreichung zum Umgang mit sexuellen Übergriffen im schulischen Kontext“ in der Überarbeitung befindet.

Stabsstelle Wertevermittlung

Das HMKB hat in der Abteilung III ein neues Querschnittsreferat gegründet mit den Themenschwerpunkten Wertevermittlung, politische Bildung und Extremismusprävention. Der Themenkomplex Wertevermittlung wird dem HPRS vorgestellt und ist im Wesentlichen ein Beratungs- und Unterstützungsangebot des HMKB. Das vorher kommunizierte neue, zusätzliche Unterrichtsfach und die Kontrolle der Durchführungen durch die Schulleitungen werden nicht umgesetzt. Ein neuer Erlass diesbezüglich ist nicht in Arbeit, es gehe lediglich ein

Ministerbrief an die Schulen, der über die Unterstützungsangebote und Hilfestellungen informiert.

DELf scolaire intégré

Das HMKB stellt die Neuerungen des DELf Zertifikats, als Pilotprojekt DELf scolaire intégré, vor. Das Zertifikat wird in den Französischunterricht integriert und soll somit sowohl für Lehrkräfte als auch für Schülerinnen und Schüler attraktiver sein. Der schriftliche Teil der Prüfung wird nun von allen Kursteilnehmenden in Form einer Klassenarbeit absolviert und ersetzt somit diese. Für Schülerinnen und Schüler, die bei der Klausur gut abgeschnitten haben, bietet sich die Möglichkeit an dem mündlichen Teil der DELf Prüfung teilzunehmen. Pro Pilotschule sind mindestens Lehrkräfte mit der Fakultas Französisch erforderlich, die als Prüferin oder Prüfer für das DELf scolaire intégré zertifiziert sind. Trotz neuer Zertifizierungsstrukturen bleiben bestehende Zertifikate gültig, sofern sie nicht älter als fünf Jahre sind. Zertifizierungen nach dem neuen Maßstab behalten zehn Jahre ihre Gültigkeit.

Geplante Ergänzung des Einstellungserlasses zur Einstellung von Lehrkräften in der Tätigkeit von Förderschullehrkräften für den Förderschulunterricht

Das HMKB plant eine unbefristete Einstellung von Personen mit unterschiedlichen „Professionen“ als Lehrkräfte zu ermöglichen, die bereits jetzt an hessischen Förderschulen tätig sind. Dies soll im Rahmen von schulbezogenen Ausschreibungen erfolgen, um somit dem zunehmenden Lehrkräftemangel im Förderschulbereich entgegenzuwirken. Der HPRS kritisiert die Entprofessionalisierung scharf und lehnt die geplante Maßnahme ab, konnte sich jedoch in der Einigungsstelle nicht durchsetzen. Der Erlass soll auf drei Jahre befristet und nach zwei Jahren evaluiert werden.

Mangel an Ressourcen gefährdet Erfolg schulischer Bildung in Hessen

Sechste Frankfurter Erklärung vorgestellt

Wiesbaden: Nach Ansicht von drei Schulleitungsverbänden, dem Grundschulverband und der GEW Hessen leidet die schulische Bildung in Hessen unter einem massiven Mangel an Ressourcen. Sie fordern das Kultusministerium auf, gemeinsam mit allen relevanten bildungspolitischen Akteuren auf Basis eines ergebnisoffenen Dialogprozesses die bestehenden Probleme zu lösen.

Der Lehrkräftemangel sowie die hohe Zahl von nicht besetzten Schulleitungsstellen sind laut der sechsten Frankfurter Erklärung die zentralen Probleme im Schulbereich. Um das zukünftig erforderliche qualifizierte Personal zu gewinnen, müsse die Arbeitsbelastung der Lehrkräfte und der Schullei-

tungen reduziert werden. Dazu gehöre die Herstellung einer echten Multiprofessionalität z.B. durch mehr IT-Spezialist*innen und Schulpsycholog*innen. Die Digitalisierung an den Schulen sei insbesondere deshalb problematisch, weil das erforderliche Fachpersonal für den technischen Support fehle.

Um in allen Lehrämtern die erforderliche Zahl an ausgebildeten Lehrkräften vorhalten zu können, solle sich die Landesregierung für einen Staatsvertrag einsetzen, der bundesweit verbindliche Ausbildungsquoten festschreibt. Außerdem wird gefordert, für befristet beschäftigte Lehrkräfte ohne abgeschlossene Lehramtsausbildung klare Qualifizierungswege zu schaffen, um diesen eine langfristige berufliche Perspektiven zu bieten. Weitere Forderungen beziehen sich auf die Beseitigung des Investitions-

staus im Schulbereich und ausreichende finanzielle Mittel sowohl für eine gelingende Inklusion als auch für die Umsetzung des Rechtsanspruchs auf Ganztagsbetreuung an den Grundschulen ab dem kommenden Schuljahr.

Insgesamt sehen die unterzeichnenden Organisationen in ihrer Erklärung die flächendeckende Erfüllung des Bildungs- und Erziehungsauftrags der hessischen Schulen als zunehmend gefährdet. Deshalb soll das Kultusministerium „einen transparenten und ergebnisorientierten Dialogprozess initiieren, der unter Einbezug von Lehrkräften,

Schulleitungen, Schulaufsicht, Lernenden, Eltern sowie aller relevanten Gewerkschaften und Fachverbände konkrete Lösungen entwickelt.“

Ziel müsse es sein, die Rahmenbedingungen für schulisches Arbeiten spürbar und nachhaltig zu verbessern, Bildungsungleichheiten aktiv abzubauen und Schulen in ihrer pädagogischen, demokratischen und gesellschaftlichen Verantwortung zu stärken.

Die sechste Frankfurter Erklärung (download unter [gew-hessen.de](https://www.gew-hessen.de)) wird von den folgenden Verbänden getragen:

- Arbeitsgemeinschaft der Direktorinnen und Direktoren an den beruflichen Schulen und den Studienseminaren für die beruflichen Schulen (AGD),
- Arbeitskreis der Direktorinnen und Direktoren hessischer Gesamtschulen (AK Gesamtschulen),
- Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft Hessen (GEW),
- Grundschulverband, Landesgruppe Hessen,
- Interessenverband Hessischer Schulleitungen (IHS).



Kommunalwahlen im März 2026

Die Bedeutung des Bildungsdezernats aus Sicht der GEW

Nicht nur die Parteien bereiten sich bereits auf den Wahlkampf zu den Kommunalwahlen im März 2026 vor. Auch für die GEW ist es extrem wichtig, welche Politik im Römer für die Kitas, Schulen und Volkshochschule betrieben wird.

Kommunale Bildungspolitik war für die Frankfurter GEW immer schon ein Feld, auf dem sie aktiv ins Geschehen eingegriffen hat. Wer die FLZ der vergangenen Jahrzehnte durchblättert, findet viele Analysen zu den Bildungshaushalten, Vorschläge für die Schulentwicklungspläne, Auseinandersetzungen um die Volkshochschule und die Kitas, aber auch um die Asbestsanierung von Bildungseinrichtungen.

Die GEW war die erste Organisation, welche die Unterfinanzierung der Bildung in Frankfurt zum öffentlichen Thema machte. Die GEW hat viel dafür getan, dass die Probleme nicht wie in anderen Kommunen über private und teure PPP-Finanzmodelle angegangen wurden. Ganz durchsetzen konnte sie sich dabei zwar nicht, aber das Fundament für das Problembewusstsein auch bei den politisch Verantwortlichen konnte doch gelegt werden.

Auch in Bezug auf die Ausstattung der Schulen insbesondere mit der IT-Infrastruktur und vor allem ihrer Betreuung hat die GEW lange Auseinandersetzungen geführt. Und schließlich sind unsere Forderungen nach Rekommunalisierung der Schulreinigung und der Essensversorgung zwar vom Bildungsdezernat anerkannt, aber noch nicht umgesetzt.

Für die kommende Kommunalwahl erwartet die GEW vom Bildungsdezernat in Frankfurt am Main, eine Bildungsinfrastruktur anzustreben,

■ die auf sozialen Ausgleich zielt und die Arbeits- und Lernbedingungen verbessert, und

■ der es gleichzeitig gelingt, einen riesigen Investitions- und Sanierungsstau aus Vorgängerregierungen abzarbeiten,

■ ohne dabei den Versuchungen zu erliegen, zu Privatisierungslösungen zu greifen, wie dies bei anderen Kommunen geschieht,

■ und die den Planungs- und Umsetzungsprozess mit größtmöglicher Transparenz praktiziert.

Die GEW wird deshalb im bereits angelaufenen Wahlkampf insbesondere die folgenden Aspekte thematisieren.

Die Zeiten, in denen der Schulentwicklungsplan nur alle fünf Jahre fortgeschrieben wurde, wie es das Gesetz verlangt, und in denen es mit der Zuweisung von ein paar Millionen Euro mehr an Investitionsmitteln getan ist, sind endgültig Vergangenheit.

27 Jahre (1989–2016) war das Bildungsdezernat ununterbrochen in der Regie der Grünen. 9 Jahre (seit

2016) steht Sylvia Weber, SPD, an der Spitze des Dezernats.

Der Unterschied zeigt sich am Auffallendsten in den folgenden Punkten:

■ **in der Zahl der neu gebauten Schulen:** In 27 Jahren wurden neu gebaut: 4 Schulen (hier liegt die Grundlage der heutigen Probleme)

In 9 Jahren wurden neu gebaut: 13 Schulen (die auch nicht ausreichend sind)

■ **und in den stark erhöhten Investitionsmitteln, nicht zuletzt für den aufgestauten Sanierungsbedarf:** Dem Erhalt der Substanz wurde in der Vergangenheit ebenfalls zu wenig Aufmerksamkeit gewidmet. Dass Gebäude und andere Infrastruktur sich abnutzen, sollte eigentlich mit der Bildung einer Rücklage für Abschreibungen sichtbar gemacht werden. Die verschanlagte Abschreibungsquote im Haushalt ist aber viel zu niedrig. Das scheint den Verantwortlichen in der Vergangenheit nicht weiter aufgefallen zu sein, jedenfalls wurde es nicht öffentlich thematisiert.

Bevölkerungswachstum Frankfurt a.M.
1970 – 2011: +/- 0%
2011 – 2020 (9 Jahre): + 13%
2020 – 2028 (8 Jahre): + 5% (Prognosen)
2028 – 2045: (17 Jahre) + 5% (Prognosen)

Je länger aber auf die Sanierung gewartet werden muss, weil Planung und Beauftragung nicht nachkommen, desto unerträglicher und desto teurer wird es. Von daher setzt die GEW einige Hoffnung in die neu mobilisierten Kapazitäten bei der ABG und mit der Bildungsbaugesellschaft.

■ **Neue Schulentwicklungsplanung:** jährliche Fortschreibung statt alle 5 Jahre.

Die Erfahrungen der letzten Jahre

Der riesige Bedarf an Investitionsmitteln musste zunächst erst einmal politisch erstritten werden

Der Magistrat glaubte 2007 noch, weniger Geld zu brauchen und verschenkte es an die großen Gewerbesteuerzahler:

Seit 2007 verzichtet die Stadt durch die selbst beschlossene Senkung des Gewerbesteuerhebesatzes jährlich auf über 100 Mio. Euro, bis heute auf fast 2 Milliarden Euro. Außer der Linken hat nur die SPD daran Kritik geübt und eine Korrektur gefordert.

Als die GEW 2018 und kurz danach auch die SPD 1 Milliarde Euro allein für Bauunterhalt und Sanierung der Frankfurter Schulen for-

derte, erregte dies noch ziemliches Aufsehen.

Inzwischen veranschlagt die GEW für Sanierung und Neubauten in Frankfurt mindestens 2,5 Milliarden Euro, was auch vom Bildungsdezernat bestätigt wird.

Die Schulbauoffensive ist von der Stadtverordnetenversammlung beschlossen, und muss nun regelmäßig mit Haushaltsmitteln hinterlegt werden, so dass die Maßnahmen auch umgesetzt werden können.

Hintergründe

Frankfurt a.M. wächst seit 2011. Eine wachsende Stadt benötigt aber eben auch eine entsprechende Bildungsinfrastruktur

40 Jahre lang, von 1970 bis 2011 bewegte sich die Einwohnerzahl fast ausnahmslos unter der von 1970 mit rund 670.000 Einwohnern. Erst ab 2011 stieg sie bis 2020 um 13 Prozent auf 764.000 Einwohner. In einer Prognose des Bürgeramts für Statistik von 2023 wird 2028 die 800.000-Marke geknackt. Bis 2045 werden 843.000 Einwohner erwartet.

Von 2011 bis 2016 war der Bevölkerungszuwachs bereits ein Problem für die grüne Bildungsdezernentin Sarah Sorge.

Der riesige Nachholbedarf kann nur mit zusätzlichen personellen Kapazitäten bewältigt werden.

Für diese Erkenntnis musste die GEW viel Aufwand betreiben, bis sie in der Öffentlichkeit ankam! Denn in der ökonomischen Theorie haben die „Investitionen“ fast immer den Vorrang vor den Personalausgaben, die auch noch als „konsumtive Ausgaben“ bezeichnet werden. Und auch die Politik verweist gern auf vorzeigbare Gebäude, scheut aber die davor und danach auf sie zukommenden „laufenden“ Personalausgaben.

„In dem neu aufzulegenden Aktionsplan ist aber dem wirklichen Finanzbedarf für Schulsanierung von mindestens 1 Milliarde Euro für die Bauunterhaltung und sonstigen Sanierungsinvestitionen sowie den Stellenbedarf Rechnung zu tragen.

Der auslaufende rot-grüne Aktionsplan verschweigt dieses Gesamtvolumen und seine 1:1- Fortschreibung (150 Millionen Euro für 5 Jahre) würde einen Sanierungszeitraum von 30 Jahren ergeben.“
GEW am 3. März 2018

Von daher ist es kein Wunder, dass sich der Personalabbau vergangener Stadtregierungen schnell rächte. Tatsächlich konnte das Dezernat bis heute nicht einmal die im Haushalt für Schulneubauten bewil-

ligten Mittel abrufen, weil das in der Vergangenheit abgebaute Personal für Planung, Ausschreibungen und Controlling fehlte. Ähnliches gilt für Sanierungen. Das Problem ist inzwischen in der offiziellen Politik angekommen, Stellen wurden aufgestockt, können aber nicht in vollem Umfang besetzt werden. Tatsächlich waren 2023 ein Fünftel der Planstellen im Stadtschulamt und im Amt für Bau und Immobilien nicht besetzt.

Deshalb hat die Dezernentin inzwischen ein Unterstützungsnetzwerk für die „Schulbauoffensive“ geschaffen, das neben dem Dezernat und der Stabsstelle Schulbau, dem Stadtschulamt und dem Amt für Bau und Immobilien aus folgenden drei Komponenten besteht:

■ **Eine erfahrene externe Projektsteuerung** unterstützt die Stabsstelle und ermöglicht Kosten-Termin- und Qualitätskontrolle.

■ **Für kleinere Sanierungsmaßnahmen an Schulen wurde im Jahr 2024 eine Kooperation mit der städtischen ABG begonnen.**

Das hilft, um Sanierungsmaßnahmen z. B. im Bereich Elektro oder Brandschutz schneller auf den Weg zu bringen.

■ **Bildungsbaugesellschaft**
Um die Herkulesaufgabe der Sanierung und Instandhaltung von Schulen von einer weiteren Seite anzugehen, soll auf Initiative der SPD-Fraktion im Römer eine Bildungsbaugesellschaft gegründet werden; dies soll noch vor der Sommerpause 2025 erfolgen. Es ist geplant, dieser neuen Gesellschaft in einem ersten Schritt 14 Schulen zur Bewirtschaftung zu übertragen. Die Gesellschaft soll diese Schulen dann sanieren und für eine gute Instandhaltung sorgen. Denn dies ist derzeit in der Kernverwaltung nicht möglich, weil personelle und finanzielle Ressourcen fehlen. Mit der Bewirtschaftung der Schulen geht keine Privatisierung einher: Die Schulgebäude verbleiben im Eigentum der Stadt.

Die GEW steht allen Verlagerungen von öffentlichen Aufgaben auf private Rechtsformen, auch wenn sie in öffentlichem Eigentum stehen, grundsätzlich kritisch gegenüber. Die bisher vorgeschlagenen oben genannten Maßnahmen bewegen sich aber im Rahmen von Dienstleistungsverträgen, werden von der GEW mit der Hoffnung auf beschleunigte Verfahren verbunden – und gleichzeitig kritisch begleitet, damit sie nicht doch am Ende der Vorbereitung von Privatisierungen dienen.

Privatisierung von Grundstücken – Fehler werden korrigiert

Weil die Stadt auch keine Bevorratung von Grundstücken betrieben hatte, fehlten diese zunehmend –

nicht nur für Neubauten, sondern auch für Auslagerungen im Fall von Sanierungen.

Inzwischen ist auch hier eine Wende in der Frankfurter Bodenpolitik eingeleitet: Nach vielen Jahren des Ausverkaufs städtischer Grundstücke und Gebäude – der die Stadt jetzt teuer zu stehen kommt – kauft der Magistrat in großem Stil Grundstücke und strategische Liegenschaften (um nur ein paar wichtige zu nennen: die ehemalige Postbank, Flächen in der Homburger Landstraße, Grundstücke in der Gutleutstraße für die städtischen Bühnen, Flächen in der sogenannten „Parkstadt II“, Grundstücke im Bereich des neuen Stadtteils) usw. an, um Flächen für öffentliche Daseinsvorsorge, Wohnen und Stadtentwicklung zu gewährleisten. Bildungsnutzungen spielen dabei eine sehr große, aber nicht die alleinige Rolle.

Die finanzielle Unterstützung bei der frühkindlichen Bildung und Erziehung ist ein umkämpftes Terrain

Obwohl die Bedeutung von Betreuungseinrichtungen als elementare Bildungsangebote, die den Grundstein für den gesamten weiteren Bildungsweg legen, unbestritten ist – von der Vereinbarkeit von Familie und Beruf mal abgesehen – ist deren Finanzierung in der gegenwärtigen Römer-Koalition durchaus umstritten. ➔

Mit dem „Gesetz zur ganztägigen Förderung von Kindern im Grundschulalter (Ganztagsförderungsgesetz – GaFöG)“ vom 11.10.2021 wurde für Eltern ein Rechtsanspruch auf die ganztägige Förderung für Kinder in Horten oder Ganztagsgrundschulen im Umfang von acht Stunden an allen fünf Werktagen vor, wobei die Unterrichtszeit angerechnet wird. Der Rechtsanspruch gilt zunächst für die erste Klassenstufe und wird bis zum Schuljahr 2029/30 jährlich um je eine Klassenstufe ausgeweitet. Der Rechtsanspruch gilt auch in den Ferien, wobei die Länder eine Schließzeit bis maximal vier Wochen vorsehen können. Der Bund unterstützt den Ausbau mit 3,5 Milliarden Euro für Investitionen in die kommunale Bildungsinfrastruktur bereits seit 2020. Die Fördermittel werden im jeweiligen Land beantragt und verwaltet.

Da die mit der Ganztagsbetreuung verbundenen laufenden Betriebskosten der Finanzierungsverantwortung der Länder unterliegen, entlastet der Bund die Länder stufenweise, aufsteigend ab 2026 und dauerhaft ab 2030, durch geänderte Umsatzsteueranteile zu Gunsten der Länder in Höhe von 2,49 Milliarden Euro für die Jahre 2026 bis 2029 und dauerhaft 1,3 Milliarden Euro jährlich ab 2030.

Trotz der Bundesunterstützung und der Teilverantwortung der Länder bleibt aber die konkrete Arbeit und damit auch viele nicht gegenfinanzierte Kosten an den Kommunen hängen.

Die Mieten in Frankfurt
sind schon länger und für
viele ein Problem.
Foto © Daniel Katzenmaier

Nach jahrelangem politischem Druck konnte sich der Magistrat im März 2023 endlich dazu durchringen die Entgeltfreiheit in Krippen ab Vollendung des zweiten Lebensjahres zu beschließen. Andere, finanzschwächere Kommunen wie Bremen, Berlin oder Rostock sind da schon viel weiter. Anders formuliert: Noch schlechter als in Frankfurt ist die Situation eigentlich nur in Bayern.

Fachkräftegewinnung
bei der frühkindlichen Bildung
und Erziehung

Im Gegensatz zu den Schulen, wo das Hessische Ministerium für Kultus, Bildung und Chancen für die Lehrkräfte zuständig ist, verantwortet des Bildungsdezernat im vorschulischen Bereich nicht nur Investitionen, sondern auch das Personal. Angesichts der Probleme auch auf diesem Sektor sind die folgenden Initiativen des Dezernats alles andere als unwichtig. Zwar wurde inzwischen ein Bündnis für mehr Ausbildung für Fachkräfte in der Kinderbetreuung ins Leben gerufen wie auch eine Koordinierungsstelle für Fachkräftegewinnung und -bindung in der Kindertagesbetreuung.

Hier fordert die GEW als materielle Unterfütterung aber mindestens eine Frankfurt-Zulage und die Bereitstellung günstiger Wohnungen, denn sonst werden diese Initiativen Papiertiger bleiben, die sich als PR-Maßnahme für das Dezernat gut machen, aber die eigentlichen Probleme nicht beheben. Frankfurt ist eine teuersten Städte der Bundesrepublik. Wer hier gutes Personal gewinnen möchte, muss mehr bieten als einen guten Werbespruch auf Plakaten.

Privatisierung und Outsourcing
bedeutet immer auch
Gewinnorientierung – die
Stadt braucht aber stattdessen
Gemeinwohlorientierung

Die GEW erneuert ihre Forderung nach Rekommunalisierung von Schulreinigung und Essensversorgung. Der aktuelle Zustand geht zu Lasten der Beschäftigten und der Kinder und Jugendlichen. Es ist höchste Zeit hier endlich tätig zu werden.

IT-Ausstattung

Was bei den Forderungen nach einer IT-Ausstattung für die Schulen auf dem betriebsüblichen Niveau regelmäßig übersehen wird, ist die dafür nötige Unterstützung. Sie kann nicht zu einer Nebenaufgabe für Lehrkräfte gemacht werden. Dafür braucht es eine professionelle betriebsübliche Ausstattung, finanziert und organisiert vom Schulträger.

Herbert Storn für
das Referat Kommunales

Geschäftspolitik der Nassauischen Heimstätte in der Kritik

Es reicht! Mietenpreisstopp jetzt!

Unter den Mieter:innen der Nassauischen Heimstätte (NH), die sich mehrheitlich im Eigentum des Landes Hessen befindet, ist durch die seit Jahresbeginn veränderte Mietpolitik großer Unmut entstanden. Unter der Forderung „Stoppt die erneuten Mieterhöhungen bei der NH! Wir sagen: Es reicht! Mietenpreisstopp jetzt!“ hat sich – initiiert von einer Mietergemeinschaft in der Adolf-Miersch-Siedlung in Frankfurt-Niederrad – in den letzten Monaten ein breites Bündnis gebildet.

Im Kern geht es darum, dass die Wohnungsbaugesellschaft, der in Hessen 61.000 Wohnungen gehören, davon 16.000 in Frankfurt, in Zukunft die Mieten schneller und stärker als in der Vergangenheit anheben will. Bis Ende letzten Jahres wurden die Mieten auf Antrag der Mieter:innen, wenn deren Einkommen eine bestimmte Höhe nicht überschritten, um maximal ein Prozent jährlich erhöht. Diese Regelung entfällt, was dazu führt, dass die Mieten in den kommenden drei Jahren um 10 Prozent (entspricht etwa drei Prozent jährlich) steigen werden.

Die Begründung der Geschäftsführung, dass das notwendig sei, um den Wohnungsneubau und notwendige Modernisierungen finanzieren zu können, war der Tropfen, der das Fass zum Überlaufen gebracht hat. Daniel Katzenmaier, einer der beiden Pressesprecher:innen des Bündnisses, erklärt das so: „Die Menschen sind der berechtigten Auffassung, dass sie mit ihren Mieten die eigenen Wohnungen finanzieren wollen, aber ihre Miete nicht dazu dienen darf, für andere Investitionen herzuhalten, von denen sie nichts haben. Die landeseigene Wohnungsbaugesellschaft soll neue Wohnungen bauen, aber zu bezahlbaren Mieten und mit finanzieller Hilfe durch die Landesregierung.“

Die NH hat in der Vergangenheit neben den subventionierten Wohnungen, die mietpreisgebunden sind und ab fünf Euro pro Quadratmeter an Menschen vergeben werden, die mit ihrem Einkommen unterhalb einer bestimmten Grenze liegen, auch immer sogenannte freifinanzierte Wohnungen gebaut. Diese werden

mit einer Kaltmiete von 15 Euro pro Quadratmeter und mehr angeboten. Das ist eine Miete, die sich die Mehrheit der Menschen in Frankfurt nicht leisten kann, denn mehr als die Hälfte der Haushalte verfügt nur über ein Einkommen, dass sie zum Bezug einer mietpreisgebundenen Wohnung berechtigt. Da es aber davon nicht einmal mehr 30.000 in der Stadt gibt, gehen über 170.000 Haushalte leer aus und das in einer Stadt, in der die Mieten bundesweit zu den höchsten zählen.

Melda Demir, ebenfalls Pressesprecherin des Bündnisses, zu den Reaktionen in der Mieterschaft: „Die Menschen sind empört, weil der Anteil der Miete an den monatlichen Ausgaben immer höher wird und viele in den Siedlungen der NH schon jetzt jeden Cent zweimal umdrehen müssen. Der Hinweis der NH im Schreiben mit der die Mieterhöhungen angekündigt werden, dass in solchen doch Wohngeld beantragt werden kann, wird als Provokation

empfohlen. Niemand will diese Unterstützung in Anspruch nehmen, weil das als demütigend empfunden wird.“

Die NH brüstet sich bei jeder Gelegenheit damit, dass die Durchschnittsmiete im Konzern nur gut 6 Euro beträgt und dass man damit dem eigenen sozialen Anspruch gerecht werden würde. Ein kurzer Blick hinter die Kulissen reicht aber bereits aus, um zu zeigen, dass die Geschäftsleitung trickst, um in einem sozialen Licht zu erscheinen. Für nicht modernisierte Wohnungen aus den 1950er und 60er Jahren, die den größten Wohnungsbestand der NH ausmachen, werden in hessischen Kleinstädten tatsächlich nur 6 Euro für die Kaltmiete aufgerufen. Die gleiche Wohnung kostet in Frankfurt aber bereits 9 Euro und wenn sie modernisiert worden ist, dann werden bei einer Neuvermietung 14 Euro verlangt. Die geringe Durchschnittsmiete errechnet sich nur, wenn auch die subventionierten Wohnungen, die noch der Miet-

preisbindung unterliegen, mit einfließen. Das ist unredlich.

Die Auseinandersetzung um die Mietpolitik der NH ist deswegen von großer Bedeutung, weil sie zeigt, dass die öffentlichen Wohnungsbaugesellschaften wie die NH oder die stadteigene ABG mit ihren mehr als 50.000 Wohnungen in Frankfurt, schon seit langem einen viel zu geringen Beitrag geleistet haben, um die Versorgung mit bezahlbarem Wohnraum zu sichern. Das Bündnis hat in kurzer Zeit fast 900 Unterschriften unter den MieterInnen der NH gesammelt. Inzwischen ist nicht nur in Frankfurt, sondern auch im benachbarten Offenbach eine Initiative ins Leben gerufen worden, um sich für einen Mietenstopp einzusetzen. „Es hat sich inzwischen herumgesprochen, dass es unser Bündnis gibt. Es melden sich Mieter:innen bei uns, die wir gar nicht kennen, die mitmachen wollen“, erklärte Melda Demir.

Daniel Katzenmaier ergänzt: „Alle wissen, nur wenn der Druck in der Öffentlichkeit wirklich groß ist, wird sich etwas im Interesse der MieterInnen ändern. Das betrifft nicht nur die NH. Durch den Druck des Bündnisses haben die Stadt Frankfurt und der Geschäftsführer der ABG Holding am 20. August den Mietenpreisstopp bis 2030 verlängert. Von Anfang an hatten wir die Forderung nach einer Verlängerung für die ABG-Mieterinnen und -Mieter in unsere Unterschriftenaktion mit aufgenommen. Alle Mieter:innen in der Stadt haben etwas davon, wenn das Bündnis erfolgreich ist, weil die Mieten der öffentlichen Wohnungsbaugesellschaften auch in den Miet- spiegeln eingehen.“

Das Mieter:innenbündnis ermutigt die Mieterinnen und Mieter nicht nur, eine Unterschrift zu leisten, sondern sich langfristig in Mietergemeinschaften oder Mieterbeiräten zu organisieren. Nur durch eine dauerhafte Organisation wird sich die Lage der Mieterschaft wirklich verbessern.

Bündnis für einen Mietpreisstopp bei der Nassauischen Heimstätte (NH)

Die Wut über Zwangsräumungen wächst.
Foto © Daniel Katzenmaier





Junge Menschen nicht als Kanonenfutter missbrauchen

Am 6. Juli fand im Frankfurter Gewerkschaftshaus eine Konferenz gegen die Wiedereinführung der Wehrpflicht statt. Über 120 Jugendliche aus der ganzen Bundesrepublik diskutierten in verschiedenen Workshops und Podien über die Pläne der Bundesregierung und die Möglichkeiten für Widerstand.

FLZ sprach mit Lu (23) angehende Sozialarbeiterin, und Victor (19), frisch gebackener Abiturient, über ihre Sicht auf die geplante Wiedereinführung der Wehrpflicht.

Ein Gespräch über ihre persönliche Perspektive auf das Thema, ihre Einschätzungen, Erfahrungen und den Wunsch nach Frieden.

FLZ: Warum habt ihr an der Konferenz gegen die Wehrpflicht in Frankfurt teilgenommen?

Lu: Mich beschäftigt, was die Wiedereinführung der Wehrpflicht für junge Menschen bedeuten würde. Schon seit Jahren wirbt die Bundeswehr gezielt an Schulen und auf Berufsmessen; es wird so getan, als wäre das einfach ein normaler Job wie jeder andere. Gleichzeitig bleiben für viele nach der Schule Ausbildungschancen aus, Studienplätze sind teuer, und nicht wenige greifen aus Mangel an Perspektiven zu irgendeinem Vollzeitjob. Als angehende Sozialarbeiterin werde ich genau mit diesen Situationen zu tun haben. Für mich ist die Wehrpflicht ein Zwangsdienst, der am Ende bedeutet: Interessen werden mit der Waffe durchgesetzt. Dagegen setze ich mich ein – und darüber möchte ich offen sprechen.

Victor: Ich bin Victor, 19, habe dieses Jahr mein Abitur gemacht. Meine Gründe sind ähnlich wie die von Lu. Mir ist während der Oberstufe aufgefallen, wie stark die Bundeswehr

auftritt – gerade auf Berufsmessen. Ich erinnere mich an eine Messe, auf der der Bundeswehr-Stand doppelt so groß war wie alle anderen. Die Botschaft war klar: Das ist eine Option wie jede andere. Für mich fühlte es sich wie ein Versuch an, uns in einer Phase, in der viele noch gar nicht wissen, was sie nach der 13. Klasse machen wollen, früh festzulegen. Das fand ich problematisch; deshalb habe ich an der Konferenz teilgenommen.

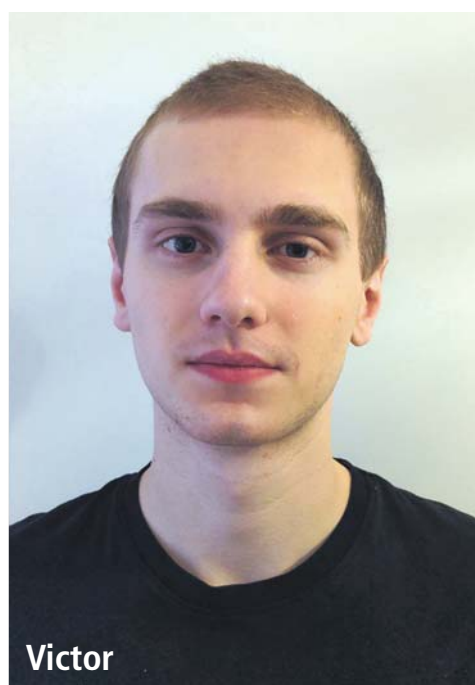
FLZ: Victor, wie präsent war das Thema Wehrpflicht bei dir in der Schule?

Victor: Sehr präsent, vor allem in den letzten zwei, drei Jahren. Im Politik-Leistungskurs kam das Thema immer wieder auf, und auch Lehrkräfte wollten wissen, wie wir dazu stehen – ob die Bundeswehr für uns als Arbeitgeber in Frage kommt und wie wir die Wieder-Einführung der Wehrpflicht sehen. Tief reingehen konnten wir im Unterricht nicht immer, weil der Lehrplan voll ist. Aber untereinander haben wir viel diskutiert: Was machst du nach dem Abitur? Studium, Ausbildung – oder Bundeswehr? Die meisten waren kritisch. Viele wollten schlicht nicht in einen Einsatz geschickt werden oder überhaupt zur Waffe gezwungen sein. Dass das mit der Freiwilligkeit eher eine PR-Maßnahme der Bundesregierung war, zeigt jetzt das Gesetz. Das ist schon Zwang.

FLZ: Lu, welche Rolle spielt das Thema für dich beruflich – also im Bildungs- und Sozialbereich? Welche Rolle sollte es für uns als Pädagog:innen spielen?

Lu: Ich finde es zentral, das Thema im schulischen und außerschulischen Bereich aufzugreifen. Es geht um Aufklärung: Was bedeutet dieser „Job“ wirklich? Welche Alternativen gibt es? Und welche Risiken sind damit verbunden? Wenn über „Kriegstüchtigkeit“ gespro-

„Wir können als Pädagog:innen Räume schaffen, in denen Jugendliche Fragen stellen, Widerspruch formulieren und gemeinsam Handlungsmöglichkeiten entwickeln ...“



„...Dass das mit der Freiwilligkeit eher eine PR-Maßnahme der Bundesregierung war, zeigt jetzt das Gesetz. Das ist schon Zwang.“

chen wird, muss klar sein, dass das unser Leben betrifft. Es wurde ja offen gesagt, Deutschland solle bis 2029 kriegstüchtig sein. Darüber mit Jugendlichen zu sprechen – inklusive der Ängste, die das auslöst – ist wichtig. Angst vor dieser Entwicklung ist natürlich verständlich, aber sie darf uns nicht lähmen. Wir können als Pädagog:innen Räume schaffen, in denen Jugendliche Fragen stellen, Widerspruch formulieren und gemeinsam Handlungsmöglichkeiten entwickeln – vom Infoabend bis zur Projektwoche. Wir können Wege aufzeigen, wie man aktiv werden kann: sich organisieren, in Gewerkschaften, in örtlichen Bündnissen, und an Schulen friedenspädagogische Angebote aufbauen. Ich arbeite im Nebenjob an einer Schule und sehe: Wenn die Bundeswehr kommt, kann man als Kollegium auch sagen, dass man das so nicht will – und Gegenangebote machen.

FLZ: Victor, welche Gründe waren bei euch in der Klasse ausschlaggebend für die Skepsis gegenüber der Wehrpflicht?

Victor: Der Kern war: Es ist ein Pflichtdienst. Uns wurde jahrelang vermittelt, dass wir unseren Weg frei wählen können – Ausbildung, Studium, was auch immer. Und plötzlich soll man eingezogen werden. Das fühlte sich wie ein Bruch mit dem an, was uns sonst beigebracht wird. Viele meinten: Das kennen wir aus dem Geschichtsunterricht, aber nicht aus unserem Leben. Und: Niemand will zur Waffe gezwungen werden. Ich möchte auf niemanden schießen – weder auf russische Soldaten noch auf sonst irgendwen. Das sind junge Menschen wie ich, die leben wollen. Es hat mit meinen Interessen nichts zu tun, wenn Regierungen irgendwo Konflikte austragen.

FLZ: Befürworter sagen, Deutschland müsse kriegstüchtig werden – Stichwort Bedrohung durch Russland, teils auch China. Wie steht ihr dazu?

Lu: Ich halte das für vorgeschoben. Die Nato ist Russland in fast allen militärischen Schlüsselparametern weit überlegen. Auch ohne USA. Die europäischen Nato-Staaten liegen in Militärbudget, Truppenstärke und Großwaffensystemen vor Russland. Das ist das Ergebnis einer Greenpeace-Studie von Anfang dieses Jahres. Die Gefahr entsteht eher durch die Aufrüstung selbst: Es setzt eine Spirale des Wettrüstens in Gang, in der die Wahrscheinlichkeit von Kriegen steigt. Frieden erreicht man nicht dadurch, mehr Menschen in Uniform zu stecken und ihnen Zwangsdienste aufzulegen.

Victor: Ich sehe das ähnlich. Russland tut sich alleine schon in der Ukraine schwer. Das wird ja oft benutzt, um zu begründen, warum Deutschland „nachziehen“ müsse, aber für mich wirkt es aufgeblasen. Während Schulen in Frankfurt teils

Gewerkschaften international erfolgreich

Beispiele in Äthiopien, Indonesien und Nepal zeigen: „Go Public!“ ist der Schlüssel

In einer Welt, in der Bildungssysteme zunehmend durch Sparpolitik und Privatisierung bedroht sind, hat sich die „Go Public!“-Kampagne von Education International (EI) als mächtige für Veränderung im Sinne der Beschäftigten und Lernenden erwiesen.

Erfolge weltweit

In Nepal führte die Kampagne zu bedeutenden Siegen für Bildungsarbeiter:innen: Kusmita Tiwari von der Institutional School Teachers‘ Union (ISTU) teilte mit: „Wir gingen 29 Tage auf die Straße. Rund 15.000 Lehrkräfte aus dem ganzen Land waren dabei. Diese unermüdliche Aktion mündete in eine bundesstaatliche Vereinbarung und eine zusätzliche Finanzierung des öffentlichen Bildungswesens in Höhe von 110 Millionen US-Dollar über die nächsten drei Jahre.“

In Äthiopien profitierte die Ethiopian Teachers Association (ETA) vor zwei Jahren vom Solidaritätsfonds im Rahmen der „Go Public!“-Kampagne. Laut Präsident Yohannes Benti umfasste das Projekt unter anderem eine Analyse der Staatsausgaben, Beitragsbeiträge im Rundfunk und Schulungen für Kampagnenleitungen. Die Kampagne erhöhte die Sichtbarkeit der ETA deutlich und verdeutlichte der Öffentlichkeit, dass die Gewerkschaft sowohl für Bildung als auch für die Rechte von Lehrkräften eintritt.

Solidarität und Kapazitäten bündeln

Anand Singh, Direktor des EI-Büros für die Asien-Pazifik-Region, über den Organisationsschwerpunkt der Kampagne: „Wir verfolgen eine bewusste Organisationsstrategie. Wir nutzen die Kampagne auch als Instrument zum gewerkschaftlichen Kapazitätsaufbau, aber der Schwerpunkt liegt auf der Mitgliederbeteiligung, auf der politischen Einbindung und darauf, die Kraft der



Gewerkschaften sind weltweit im Kampf für ein ausfinanziertes öffentliches Bildungswesen.

Gewerkschaften zu nutzen, um die Kampagnenziele voranzubringen.“

Er wies außerdem auf die gezielte Strategie hin, bestehende Projekte mit der Kampagne abzustimmen oder zu integrieren. „Zum Beispiel in Indonesien: Dort arbeiten wir seit 20 Jahren, mit dem Schwerpunkt auf dem Aufbau einer starken, demokratischen und unabhängigen Gewerkschaft. Nun nutzen wir diese Stärke, um die Kampagne aufzubauen, und wir konnten bereits einige Erfolge erzielen. Der Lehrerverband der Republik Indonesien (PGRI) führt diese Kampagne sehr erfolgreich an.“ Singh erinnerte an eine kürzliche Veranstaltung: „Es waren etwa 200 Personen im Saal, aber mehr als 2.000 Menschen nahmen online teil. Wir konnten sehen, wie es PGRI gelungen ist, die Botschaft der Kampagne in alle Provinzen, in alle Zweigstellen und Untergliederungen zu verbreiten.“

Singh betonte auch, dass die Kampagne „eine von den Mitgliedsorganisationen geführte Kampagne ist – wir gehen nur hin und unterstützen. Es gibt Länder, in denen wir keine direkte finanzielle Unterstützung leisten, sondern eher technische Hilfe. Zum Beispiel haben wir im letzten Jahr die Subregion Nordasien – Japan, Mongolei, Südkorea und Taiwan – zusammengebracht.“

Blick nach vorn

Entscheidend ist die Mobilisierung in die Breite: Mitglieder werden nicht nur für eine Unterschrift gebraucht, sondern als Sprecher:innen ihrer Schulen und Gemeinden, als Brücken zu Eltern, Medien, Jugendverbänden. Wo diese Breite entsteht, verändert sich auch die Verhandlungsdynamik. Regierungen reagieren anders, wenn Forderungen nicht als „Gewerkschaftsanliegen“, sondern als öffentliche

wartung auftreten – wiederkehrend, gut begründet, politisch zugespitzt. Das bestätigen die EI-Berichte: Der Mix aus Organizing, solidarischer Unterstützung über Grenzen hinweg und hartnäckiger Arbeit liefert nachweisbare Ergebnisse.

Für Gewerkschaften heißt das: beides tun. Ja, gute Tarifpolitik bleibt wichtig – aber sie muss von kampagnenfähiger Öffentlichkeit flankiert werden. Dazu gehören: Schulungen zu Haushalts- und Steuerfragen; Bündnisse mit Initiativen; Präsenz in kommunalen Strukturen; klare Forderungen an nationale Budgets; regelmäßige Mobilisierungsspitzen (Aktionstage, Anhörungen, Medienarbeit). Nepal zeigt, dass dieses Zusammenspiel möglich und wirksam ist – gerade in schwierigen fiskalischen Lagen.

Die strategische Schlussfolgerung: Sensibilisieren, mobilisieren, organisieren – in dieser Reihenfolge. Wer zuerst mobilisiert und das

Problem politisch definiert (z.B. öffentliche Finanzierung statt Privatisierung), stärkt damit am Verhandlungstisch die eigene Position. „Go Public!“ ist damit mehr als eine Kampagne; sie ist ein Organisationsprinzip für Gewerkschaften im 21. Jahrhundert: Verhandeln, was geht – erkämpfen, was nötig ist.

Die „Go Public!“-Kampagne stellt damit einen Wandel in der gewerkschaftlichen Arbeit dar – hin zu einer organisierten Bewegung, die Mitglieder aktiv einbindet, politisch sichtbare Aktionen durchführt und sich kontingant durch die Kampagne nach.“ Die Kampagne ist mehr als eine Reihe von Aktionen – sie ist eine globale Bewegung, die Bildung als öffentliches Gemeingut verteidigt und eine starke, gemeinsame Stimme für qualitative öffentliche Bildung erhebt.

Quelle: <https://www.ei-ie.org>

Decken mit Löchern haben oder gar nicht mehr betreten werden dürfen, Lehrkräfte und anderes pädagogisches Personal fehlt und Krankenhäuser überlastet und schlecht ausgerüstet sind, ist für die Bundeswehr sofort Geld da – erst über Nacht beschlossene 100 Milliarden, danach on top unbegrenzte Schuldenaufnahme. Und jahrelang wird vorher erzählt, dass für Jugendzentren, öffentliche Ausbildungsplätze oder Bildung leider kein Geld da sei. Da fühlt man sich als junger Mensch nicht ernst genommen.

FLZ: Was ratet ihr Jugendlichen, die 2026 Post von der Bundeswehr bekommen?

Victor: Kommt drauf an, was in dem Brief steht. Wenn es Werbung ist: nicht anspringen. Wenn es um

Musterung geht: holt euch Unterstützung. Es gibt Organisationen, die sich damit auskennen, z.B. Gewerkschaften oder die Deutsche Friedensgesellschaft – Vereinigte Kriegsdienstgegner:innen (DFG-VK). Sich früh zu informieren ist wichtig, damit man nicht allein vor der Situation steht.

Lu: Und: Versteht, dass das kein Abenteuerpark ist. Es geht um Krieg. Es gibt Schätzungen, wonach an einer Ostfront im Ernstfall Tausende Soldat:innen pro Tag sterben könnten – das zeigt, worüber wir hier reden. Ich rate, sich schon jetzt zu organisieren: lokale Bündnisse „Nein zur Wehrpflicht“ gründen, Aktionen zum Antikriegstag, die Petition gegen die Wehrpflicht unterschreiben und mehr Unterschriften sammeln. Viele junge Menschen sind

dagegen – macht das sichtbar. Gemeinsam sind wir stärker. Das ist ja auch das Motto der Gewerkschaften und das stimmt.

FLZ: Was nehmt ihr persönlich aus der Konferenz mit?

Victor: Vor allem das Gefühl: Wir sind nicht allein. Da waren viele in meinem Alter, die genau dieselben Frage haben: Was mache ich mit meinem Leben? Ich will Lehrer werden, jungen Leuten etwas beibringen, statt auf sie zu schießen.

Wir haben Kontakte geknüpft, Ideen gesammelt, uns vernetzt. Das macht Mut, aktiv zu bleiben. Für mich war der Austausch entscheidend. Wenn man merkt, dass viele ähnlich denken, wird aus Ohnmacht ziemlich schnell der Gedanke: Lass uns was tun – Infostand, Leserbrief,

Aktionen. So entsteht Bewegung, die über die eigene Schule hinauswirkt. Lu: Mich hat beeindruckt, wie breit das Spektrum war – Schüler:innen, Studierende, Arbeiter:innen, Gewerkschafter:innen, natürlich vor allem junge Leute. Das zeigt, dass es eine Bewegung geben kann, die das Thema breit in die Gesellschaft trägt. Mir ist wichtig, dass junge Menschen nicht als Kanonenfutter missbraucht werden. Genau das bedeutet aber eine Wehrpflicht am Ende: Menschen in einen Krieg schicken, der nicht in ihrem Interesse liegt. Es steht doch recht offen formuliert im Weißbuch der Bundeswehr höchstselbst: Ihre Kriegseinsätze dienen dem Schutz von Handelswegen, Absatzmärkten und Rohstoffen. Wenn die Reichen und Mächtigen die Welt unter sich aufteilen und Einflussgebiete neu abgesteckt

werden sollen – da bin ich raus. Ich stehe an der Seite von denen „unten“ – so verstehe ich meinen Beruf und ehrlich gesagt auch mein Leben darüber hinaus.

FLZ: Danke euch beiden für das Gespräch.

Unterstützt und verbreitet die Petition gegen die Wehrpflicht:



Konferenz zum Streikrecht verbeamteter Lehrkräfte

Verboten – gut?!?

Bericht von der GEW-Tagung am 4. September 2025
im Frankfurter Gewerkschaftshaus

Zwei Referate gaben den inhaltlichen Rahmen für eine lebhafte Diskussion.

Christoph Baumann zeichnete die Geschichte der Streikdebatten und Arbeitskämpfe der GEW Hessen seit den 1950er Jahren nach – von den ersten Arbeitsniederlegungen in den 60ern über die großen Streiks 1989 und 1997 bis hin zu den Auseinandersetzungen der letzten Jahre.

Rechtsanwältin Kathrin Kummer von der Landesrechtsstelle stellte die juristische Lage nach dem Urteil des Europäischen Gerichtshofs für Menschenrechte (EGMR) vom Dezember 2023 dar.

Ein Urteil gegen Gewerkschaftsfreiheit

Kummer machte deutlich: Das Urteil aus Straßburg hat die Erwartungen enttäuscht. Zwar erkennt der EGMR an, dass das Streikrecht ein „wichtiges Instrument“ der Gewerkschaften sei. Doch zugleich hält er das in Deutschland bestehende generelle Streikverbot für Beamte:innen – auch an Schulen – für vereinbar mit der Europäischen Menschenrechtskonvention. Statt das Grundrecht auf Koalitionsfreiheit zu stärken, habe das Gericht damit de facto ein anti-gewerkschaftliches und antigrundrechtliches Signal gesetzt.

In der Diskussion wurde mehrfach kritisiert, dass der EGMR alternative Beteiligungsrechte – wie Anhörungsrechte, das Alimentationsprinzip oder Personalratsstrukturen – als Ersatz für das fehlende Streikrecht wertet. Diese „Ersatzrechte“ sind aber kein gleichwertiges Mittel, um Druck aufzubauen und Verbesserungen durchzusetzen. Damit wird den Gewerkschaften das wichtigste Mittel der kollektiven Gegenmacht genommen. Verhandlungen über Arbeitsbedingungen und Entgelte ohne Streikrecht sind nichts anderes kollektives Betteln – so wurde es einmütig von den Teilnehmenden festgestellt.

Eine lange Tradition des Widerstands

Baumann erinnerte daran, dass die Frage des Beamtenstreiks die GEW Hessen seit ihrer Gründung begleitet. Schon 1954 hieß es zwar offiziell, Lehrkräfte dürften streiken – praktisch aber setzten sich aber Zurückhaltung und politische Verbote durch. Ab den späten 60er Jahren kippte die Stimmung: Die Bildungs-

reformen, die Studentenbewegung und verschärfte Angriffe der Regierungen führten zu Protesten, Warnstreiks und Arbeitsniederlegungen.

Die Chronik zeigte, wie die GEW Hessen wiederholt den Konflikt suchte: 1969 spontane Aktionen, 1972/73 Streikversuche gegen Arbeitszeitverschärfungen, 1979 die erfolgreiche Verkürzung der Pflichtstunden, 1989 der größte Lehrer:innenstreik mit 8.000 Beteiligten, 1997 und 2015 erneut ein massiver Ausstand von Tausenden Kolleg:innen – immer unterstützt von einer breiten Öffentlichkeit, insbesondere von Eltern, Kindern und Jugendlichen. Jedes Mal reagierten die Regierungen mit Disziplinarmaßnahmen und politischem Druck – und doch blieb das Streikrecht auf der Tagesordnung.

Vorläufiges Fazit

Das Urteil aus Straßburg markiert keinen Schlusspunkt, sondern ist eine Kampfansage. Es zwingt die GEW nicht in die Defensive, sondern stellt die Frage nach den nächsten Schritten. Einig war man sich darin, dass das Streikrecht nicht in Gerichtssälen erstritten wird, sondern durch kollektive Stärke auf der Straße.

Zugleich wurde betont, dass es klug ist, auch Maßnahmen unterhalb eines Streiks zu entwickeln: kreative Protestformen, massenhafte Aktionen, punktuelle Arbeitsniederlegungen, die juristisch schwerer angreifbar sind – kurz: Druck aufbauen, ohne den Gegnern sofort die Angriffsfläche von Disziplinarverfahren zu geben. Die zentrale Botschaft aber blieb: Das Streikrecht ist ein Grundrecht. Es ist das stärkste Mittel gewerkschaftlicher Durchsetzungskraft – im Interesse unserer Mitglieder, aber auch im Interesse der Beschäftigten insgesamt und letztlich im Interesse eines demokratischen Bildungswesens.

Nächste Schritte

Die GEW Frankfurt wird die Debatte weiterführen und konkrete Schritte beraten. Klar ist: Das Streikrecht fällt uns nicht in den Schoß. Es muss – wie in der Geschichte der Arbeiterbewegung immer – erkämpft werden. Und diesen Weg will die GEW gehen: mit Mut, mit Solidarität und mit der Entschlossenheit, sich das zurückzuholen, was eigentlich selbstverständlich sein sollte – das Recht, gemeinsam für bessere Arbeits- und Lebensbedingungen einzutreten.

Zunehmende Militarisierung unserer Gesellschaft und ihre sozialen Auswirkungen

Dazu findet am Mittwoch, 26.11.2025 um 18:30 im Frankfurter DGB-Haus eine Veranstaltung des GEW Stadtverbands FFM statt, organisiert von der AG Krieg und Frieden.

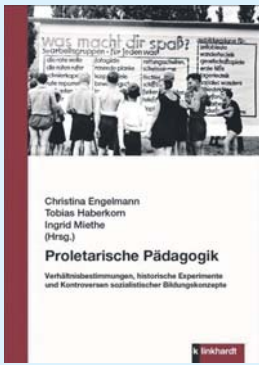
Ein für Gewerkschaften, Kinderrechte und Wissenschaften wichtiges Thema ist die demokratische politische Bildung für Friedensbemühungen und gegen Kriegsvorbereitungen durch Aufrüstung, Feind-Bildung und Kriegspropaganda. Als Menschenrechtspersonen können Pädagogik und Soziale Arbeit niemals „kriegstüchtig“ werden, ohne die Grundprinzipien ihrer Professionen zu verraten.

Gleichzeitig ist nicht nur das Sozialstaatsprinzip unerhörten Angriffen ausgesetzt, sondern sämtliche zivilen Ausgaben stehen unter Finanzierungsvorbehalt, die sozialen Auseinandersetzungen nehmen an Schärfe zu, wie ein Blick ins Nachbarland Frankreich zeigt. Dies wollen wir in der Veranstaltung thematisieren.



„Proletarische Pädagogik. Verhältnisbestimmungen, historische Experimente und Kontroversen sozialistischer Bildungskonzepte“

Christina Engemann, Tobias Haberkorn und Ingrid Miethe versammeln in ihrem aktuellen Band Beiträge, die sich mit historischen und theoretischen Ansätzen einer Bildungspraxis auseinandersetzen, die soziale Ungleichheit und die materiellen Bedingungen von Bildungsprozessen nicht als Randphänomen, sondern als Ausgangspunkt pädagogischen Denkens begreift.



Die Autor:innen rekonstruieren, wie in verschiedenen historischen Kontexten Konzepte einer „proletarischen“ oder „sozialistischen“ Pädagogik entwickelt wurden. Dabei wird deutlich, dass es sich weniger um eine einheitliche Theorie handelt, sondern um einen politischen und pädagogischen Suchprozess, in dem Bildung als Möglichkeit gesellschaftlicher Veränderung gedacht wurde. Die Beiträge reichen von der Auseinandersetzung mit historischen Vordenker:innen wie Clara Zetkin, Walter Benjamin oder Angelica Balabanoff über Analysen proletarischer Kinder- und Jugendbildung (etwa in der Kinderrepublik Seekamp oder der Heimvolkshochschule Tinz) bis hin zu medienpädagogischen Ansätzen in proletarischer Literatur, Theaterarbeit und Museumsdidaktik.

Der Praxis ins Gespräch kommen. Gemeinsam wollen wir diskutieren, wie Bildungsprozesse zur Demokratisierung beitragen können, welche Rolle materielle Bedingungen, Zugangsgerechtigkeit sowie kollektive Erfahrungen für Lernprozesse spielen und wie sich Bildungsräume so gestalten lassen, dass sie nicht bestehende Macht- und Ungleichheitsverhältnisse reproduzieren, sondern soziale und politische Teilhabe ermöglichen. Wie ist dabei das Verhältnis von staatlichen Institutionen wie der Schule oder der Universität zu außerschulischen Bildungsräumen oder Gewerkschaften zu gestalten? Und inwiefern können uns die in dem Band versammelten Beiträge dazu anregen, eigene Konzepte kritisch zu reflektieren: Welche Vorstellungen von Bildung

Die Junge GEW Hessen lädt herzlich zum Book Release am 30. Oktober um 18 Uhr ins Café KoZ im Studierendenhaus, Mertonstr. 26–28 ein.

Die Veranstaltung ist als Podium geplant und es werden Stimmen der Autor:innen sowie Personen aus

prägen unsere GEWerkschaftliche Arbeit heute? Und welche Impulse aus der Vergangenheit können lehrreich für heutige Herausforderungen sein? Wir freuen uns auf eine angeregte Diskussion!

Proletarische Pädagogik. Verhältnisbestimmungen, historische Experimente und Kontroversen sozialistischer Bildungskonzepte (2025): Das eBook steht im Open Access und kann auf der Seite des Klinkhardt Verlags frei heruntergeladen oder für 27 Euro als Paperback bestellt werden.



Veranstaltung

ZUR AKTUELLEN SITUATION IM IRAN

Gespräch mit Esmaeil Abdi, ehemaliger Generalsekretär der Lehrergewerkschaft Irans (Teheran)
Begrüßung von Thilo Hartmann, Vorsitzender GEW Hessen

Ismael Abdi war bis zu seiner Inhaftierung Vorsitzender der Teheraner Lehrergewerkschaft und wurde wegen seines gewerkschaftlichen Engagements zu langjähriger Haft verurteilt und verbrachte viele Jahre – mit kurzen Unterbrechungen – in verschiedenen Gefängnissen im Iran. Dank der langjährigen Bemühungen der GEW, der Bildungsinternationale und lokaler Menschenrechtsinitiativen auch in Deutschland konnte er im Januar 2025 aus dem Iran entkommen. Er berichtet zur aktuellen Situation im Iran, der Menschenrechtssituation und zur Lage der Gewerkschaften.

Die Ausführungen von Esmaeil Abdi erfolgen in Farsi und werden ins Deutsche übersetzt.

Anschließend ist ein gemeinsamer Austausch geplant.

Freitag, den 19. September 2025 | 18 bis 20 Uhr
DGB-Haus Frankfurt | Wilhelm-Leuschner-Straße 69/77
60329 Frankfurt